



<b>IRAN</b> Jin – Jyian – Azadi	4
<b>BRASILien</b> Eine Einschätzung	9
<b>PHILIPPINEN</b> Eine ökologische Alternative	11
<b>ARBEITSZEIT</b> Wer will 15 Stunden am Tag arbeiten?	12



## INTERVIEW

# «Stress ist das Hauptproblem, das sagen dir alle»

Der Aufbau hat mit Marco und Kiran gesprochen, einem Pflegeassistenten und einer Arbeiterin des Hausdienstes des grossen National-Health-Service-Trusts von Bristol. Bristol war am Streik beteiligt, sie zwei jedoch nicht, denn nur die Gewerkschaft der diplomierten Pflegekräfte, das RCN, hat den Streik beschlossen.

(az) Wir kennen diese Struktur eines NHS-Trusts nicht, wie können wir uns das vorstellen?

Kiran: Das sind kleinere und grössere Konglomerate von Gesundheitsinstitutionen, die gemeinsam ein Betrieb sind. Das kann ein Spital oder mehrere sein. Wo wir arbeiten, sind es total 10'000 Arbeitskräfte.

Wieso kommt es jetzt zum Streik? Liegt das am Gesundheitswesen oder an der Teuerung?

Kiran: Sicher beides. Covid war ein grosses Ding, es wurde immer schlechter. Viele sind weg, haben gekündigt und das bedeutet Stress. Die Lebenskosten kommen jetzt noch oben drauf. Auch die Tatsache, dass nun vielerorts gestreikt wird, hat sicher einen Einfluss. Das RCN sah sich

gezwungen zu streiken. Ich denke, die Streikführerin will auch wirklich streiken, aber es gibt schon auch den Druck, es zu tun.

Ist das Gesundheitswesen in UK auch feminisierte Arbeit?

Kiran: In der Pflege ja, da würde ich von mindestens 70% Frauen ausgehen, in gewissen Abteilungen auch mehr. Bei den Ärzt\_innen gibt es dann beachtlich mehr Männer als in der Pflege.

Die Forderung lautet mehr Lohn, wir kennen aus dem Gesundheitswesen eher die Forderung nach mehr Personal und weniger Arbeitshetze. Wie kommt das?

Marco: Obwohl der Stress das Hauptproblem ist, das sagen dir alle, wenn du sie fragst, werden nun ausschliesslich Lohnforderungen gestellt. Das scheint den Gewerkschaften ein legitimer Grund zu sein und ist, was man üblicherweise so fordert. Sie wissen nicht so richtig, wie sie mehr Personal fordern sollen.

Nimmt die Gewerkschaft denn nicht Bezug auf die grossen Streiks in Deutschland und den USA, die das getan haben?

Kiran: Sie nimmt noch nicht einmal Bezug auf den Streik in Nordirland, der vor einigen Jahren stattgefunden hat. Also nein, da kommt nichts.

Erlebt ihr die Gewerkschaft als nicht sehr kämpferisch?

Marco: Kämpferisch sowieso nicht, aber auch nicht sehr erfahren. Das ist der erste Streik seit 30 Jahren. Bei uns haben sie die Polizei angerufen und nachgefragt, was denn erlaubt ist und was nicht. Da hiess es dann, ein Lautsprecher und Musik seien verboten. Völlig absurd. Die Gewerkschaft hat sich beispielsweise in einer Diskussionen über die Belegung während des Streiks verstrickt. Da sie von einer „Idealbelegung“ ausging, die gar nicht existiert, wurde für einen sicheren Betrieb während des Streiks eine Belegung festgelegt, die über das hinausgeht, was wir im Normalfall haben. Also gab es an den Streiktagen mehr Personal und weniger Patient\_innen. Das war sehr fragwürdig.

# Inhalt

- 3 Krieg: Rückkehr der Planwirtschaft
- 4 Aufstand im Iran
- 5 Besetzung in Griechenland
- 6 Schwerpunkt: Streiks für die Gesundheit
- 7 Reformismus: Wie steht es um die Pflegeinitiative?
- 8 Fortsetzung Interview
- 9 Was passiert in Brasilien?
- 10 Interview zur Lage in der Türkei
- 11 Nachruf José Maria Sison
- 11 Agrarrevolution in den Philippinen
- 12 Wie viel Stunden am Tag sollen wir arbeiten?
- 13 Natur und Reproduktion
- 14 Lützerath: Ein Erfahrungsbericht
- 15 Lesetipps
- 16 Kultur: Mafia als Ästhetik

## POLITISCHE GEFANGENE

### Solidarität mit den sechs Angeklagten im Kleisterprozess

Anfang Februar fand in Basel der Kleisterprozess statt. Angeklagt wurden sechs junge Genoss\_innen und Freund\_innen aus Winterthur. Sie wurden alle in einer Nacht im Januar 2021, inmitten des zweiten Lockdowns, in Winterthur von der Strasse weg verhaftet. Die Bullen meinten einige Urheber\_innen der knallgelben Plakate ausgemacht zu haben, welche die staatlich-kapitalistische Krisenverwaltung kritisierten. „Der Kapitalismus macht die Pandemie zur Krise“ wurde darauf unter anderem festgehalten. Aber auch die viel verwendete Parole: „Wir tragen eure Krise nicht“ war zu lesen. Eine klare Ansage also, während der Staat die Menschen zur Vereinzelung und Selbstisolation aufforderte, damit möglichst viele Wirtschaftsbereiche weiterhin am Laufen bleiben konnten und das kaputtgesparte Gesundheitswesen nicht überlastet würde.

Nach einer Nacht im Knast und den üblichen verachtenswerten Repressalien der Bullen, wurden sie wieder freigelassen. Es folgte ein absurdes Gerichtsstandesverfahren wobei der Fall zwischen der Staatsanwaltschaft Basel und Winterthur hin und her geschoben wurde. Schlussendlich gelangte der Prozess vor das Strafgericht in Basel.

Wütend schnaubend und mit Schaum vor dem Mund forderte nun die Staatsanwaltschaft Basel ein Jahr bedingt Knast für alle Angeklagten. Mit solchen Forderungen steht die Stawa in guter alter Tradition zu den Basel-18 oder den BNF-Prozessen. Schnell folgten Stimmen, welche die Unverhältnismässigkeit dieser Forderung kritisierten. Aus liberaler Perspektive mag dies so vielleicht stimmig sein – aus revolutionärer Perspektive kann der Forderung nach einer «gerechten» Bestrafung durch die Klassenjustiz nur mit einem müden Lächeln begegnet werden.

Wer den Bruch mit dem bürgerlichen Staat vollzieht, stellt keine Forderungen an ihn. Sondern arbeitet ununterbrochen an seiner Zerschlagung. Mögen die historische Etappe und die darin stattfindenden Kämpfe noch nicht so weit gediehen sein, ändert sich nichts an dem unversöhnlichen Widerspruch zwischen dem Staat und den revolutionären Kräften.

Unabhängig der juristischen Entscheidung, haben die 150 Sympathisant\_innen, welche sich zu früher Stunde am Montag morgen vor dem Gericht besammelten um die Angeklagten zu begleiten bewiesen: das Ziel der Staatsanwaltschaft die Bewegung einzuschüchtern ist definitiv gescheitert.



**Solidarität ist unsere Waffe**

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Smash WEF 2023: Demo in Zürich

## Editorial

(red) Wie gewohnt steht die Märzausgabe im Zeichen vom 8.März, dem internationalen Frauentag. Seit einigen Jahren ist es bei Weitem nicht mehr der einzige Tag, an dem die feministische Bewegung auf die Strasse mobilisiert. Umso wichtiger ist der 8.März, um die verschiedenen Kräfte zu vereinen und gemeinsam den Tag zu gestalten. Ja, die Aktualität des Frauentages zeigt sich auch in dieser Zeitung: In Zeiten von Krieg und Krise, von erstarkenden faschistischen Tendenzen und reaktionärer Hetze, sind es immer wieder die Frauen und queeren Personen, die einerseits als Erstes von den Angriffen betroffen sind; die andererseits aber auch an der Spitze der Kämpfe stehen. So zeigt der Artikel zum Iran (Seite 4) welche wichtige Rolle die Frauen und die anti-patriarchalen Kämpfe beim aktuellen Aufstand spielen. Die verschiedenen Artikel zum Gesundheitswesen (Seiten 6, 7 + 8) nehmen einen weiteren Brennpunkt auf, wo ebenfalls die Frauen im Mittelpunkt stehen, weil sie den Grossteil der Angestellten ausmachen. Die Antwort auf Abbau und Ökonomisierung der Gesundheit ist bestenfalls Streik (wie in England, Seite 6) oder schlimmstenfalls eine zahnlose Pflegeinitiative, die nun weiter vom Bundesrat verschleppt wird (Seite 7).

Um mit den Worten der iranischen Genossin zu schliessen: Auch wenn die Bedingungen im Iran anders sind, so sind es die gleichen Kämpfe, die wir führen, die beste Solidarität mit unseren iranischen Schwestern zeigen wir, wenn wir hier den patriarchalen Kapitalismus bekämpfen. In diesem Sinne: Heraus zum 8.März!

### Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauentag, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein wandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

## KRIEG

# Rückkehr der Planwirtschaft

Die vergangenen Jahre sind geprägt von einer Wiederkehr des bürgerlichen Staats als Akteur in den kapitalistischen Krisenarenen, wo der freie Markt nicht weiter kann. Einer dieser Schauplätze ist die Kriegsin-  
dustrie.

(gpw) Seit Ausbruch der Corona-Pandemie vor rund drei Jahren ist ein Wiedererstarken des bürgerlichen Staates zu beobachten. Die Pandemie ist kaum ursächlich für diese Wiederkehr. Sie fungierte aber vielleicht als Katalysator für diese Entwicklungen, deren Ursprünge im Kapitalismus im imperialistischen Stadium zu suchen sind. Nach Jahrzehnten des Abbaus von sogenannten Handelshemmnissen und dergleichen, welche die weltweit freie Zirkulation des Kapitals auf Kosten staatlicher Interventionsmöglichkeiten begünstigte, war der Staat in der Pandemie dazu gezwungen, als ideeller Gesamtkapitalist zu intervenieren. Er tat dies nicht aus Gutmütigkeit, sondern um die vergesellschaftete Produktion in einer Zeit zu sichern, in welcher einzelne Kapitalfraktionen dies von sich aus mangels sicherer Profitmöglichkeiten nicht raten und auch nicht gleicherart hätten tun können. Der ausgebauten Staatsapparat bietet Handlungsmöglichkeiten, die dem einzelnen Kapitalisten in dem Ausmass sonst nicht offen stehen (wie das Aufstellen grosser wirtschaftlicher Rettungspakete durch Griff in die Staatskasse oder der Einsatz des Militärs). Wohlgermerkt: Planwirtschaft ist nicht gleich Planwirtschaft und Staat nicht gleich Staat. Im Kapitalismus sichert die Planung die Profite, im Sozialismus das Allgemeinwohl.

Gegenwärtig bietet die Pandemie nur noch am Rand die Rechtfertigungen für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, wie bei der Energie- oder Medikamentenversorgung. Rechtfertigungen, die überhaupt erst notwendig sind, weil die vergangenen Jahrzehnte eine neoliberale Ideologie hervorbrachten, nach welcher der Staat so schlank als möglich zu sein hätte. Die Eingriffe selber sind angesichts der enormen Krisenanfälligkeit des globalen Wirtschaftssystems wohl alternativlos, darin sind sich selbst die Neoliberalen von gestern heute einig. Sei es, um das System an sich zu erhalten, sei es, um die eigene Stellung in der Konkurrenz mit den Kapitalist\_innen anderer Länder zu behaupten. Die international diversifizierten "Wertschöpfungsketten" mit ihrem hohen Grad an Differenzierung, welche eine entsprechend ausgeklügelte Logistik erfordern, gepaart mit den Leitsätzen der "just-in-time"-Produktion und "lean management" erweisen sich als höchst fehleranfällig. Der Flügelschlag eines Schmetterlings an einen Ort kann anderorts Orkane auslösen, heisst es. Man stelle sich bloss vor, was dies bedeutet, wenn es im Auf- und Abstieg begriffene Weltmächte im Konkurrenzkampf statt Schmetterlinge sind, deren Handlungsrepertoire weit mehr als bloss Flügelschläge beinhaltet.

## Kriegswirtschaft

Seit der Eskalation des Kriegs in der Ukraine vor einem Jahr gewinnen die militärischen Elemente dieses Handlungsrepertoires weltweit wieder gewaltig an Gewicht. Darum sind alle Seiten darum bemüht, sich an dieser Front so gut es geht für Gegenwart und Zukunft aufzustellen. Das Lamento darüber, dass der Ist-Zustand der kriegerischen



Gefährliche Mitesser am Esstisch (Montage von John Heartfield, 1957/58).

Lagerbestände nicht mit dem Soll-Zustand einhergeht, soll mit gewaltigen staatlichen Investitionen begegnet werden. Die erste Verschiebung war es, alle NATO-Staaten dazu zu bringen, ihre Ausgaben für die Kriegswirtschaft endlich wie abgemacht auf 2 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts zu heben (wovon heute einige noch weit entfernt sind, woran aber alle perspektivisch festhalten). Die zweite Verschiebung forcieren die Bellizisten aus Polen und Grossbritannien nun. Sie drücken darauf, diesen Anteil innerhalb der NATO neu als Mindestbetrag zu deklarieren. Die gemeinsame Kriegsführung gegen Russland mit enormen Waffenlieferungen an die Ukraine ist dabei Wasser auf ihre Mühlen. Waren die Lagerbestände schon in ihrem Ist-Zustand zu wenig, so nehmen sie weiter ab, wenn davon fortlaufend an die Front geliefert wird.

Die USA haben, zum Beispiel, in den vergangenen Monaten rund ein Drittel ihres Bestands an Javeline- und Stinger-Raketen an die Ukraine geliefert. Auf dem gegenwärtigen Produktionsniveau würde es fünf Jahre für die Javelines und dreizehn Jahre für die Stinger dauern, um diese Menge zu ersetzen. So ist es nur naheliegend, dass die wahrgenommenen Unzulänglichkeiten in den Produktionsketten militärischer Güter stetig wachsen. Der Appetit kommt bekanntlich mit dem Essen. Entsprechend wird der Ruf nach einer staatlichen Kriegswirtschaft geweckt, d.h. nach einer konzertierten und anhaltenden staatlichen Intervention in die Kriegsmaterialproduktion, um diesen

für die Kriegsführenden strategischen Sektor angesichts seiner Unzulänglichkeiten zu stärken. In Deutschland formuliert etwa Wolfgang Ischinger (vormaliger Chef der Münchner Sicherheitskonferenz) diesen Ruf, in den USA ist es das CSIS, Thinktank der Kriegsgurgeln.

Es ist nichts neues, dass der Kapitalismus den Krieg in sich trägt, Überraschung darob ist fehl am Platz, weil es das Wesen dieses Systems falsch charakterisiert. Dies darf den Fokus auf die Entwicklungen in diesem Bereich nicht mindern. Schon jetzt treffen die Folgen der Konfrontation in der Ukraine die unteren Klassen empfindlich (denn wer zahlt die Zeche für ihre Kriege?). Die Tendenz zum Krieg nimmt mit Milliardeninvestitionen in das Militär gewiss nicht ab. Stattdessen werden damit neue Möglichkeiten geschaffen, Tendenz in Tatsache umzusetzen. Vor lauter vermeintlicher Blockbildung darf nicht vergessen werden, dass dadurch das Konkurrenzverhältnis der verschiedenen nationalen Kapitalfraktionen innerhalb des westlichen Blocks nicht aufgehoben wird. Nachzuzeichnen ist dies etwa im Wettstreit der nationalen Rüstungsindustrien gegeneinander um Grossaufträge oder in den grossen staatlichen Investitionsprogrammen ("Inflation Reduction Act" in den USA, "Green Deal" in der EU) mit dem Ziel, die Krisenanfälligkeit des eigenen Wirtschaftsstandorts auf Kosten der anderen zu senken.

## MERKE



Kurz vor Räumung der EWZ-Besetzung in Zürich



Einsatzleiter packen selbst mit an...



Einsatzleiter mit schwarzem Turnsack am 1. Mai

IRAN

# «Unsere Freiheit ist universell!»

**Im Iran entzündete ein von Frauen getragener Aufstand einen Funken, der das ganze Land in Flammen steckt. Wir sprachen mit einer iranischen Genossin über die unterschiedlichen Auslöser, die Dynamiken und Perspektiven des Aufstands.**

(agf) Mit dem Mord an Mahsa Jina Amini durch die iranische Sittenpolizei – die junge Frau hatte sich deren rigiden Regeln widersetzt – begann im vergangenen Herbst im Iran eine Protestwelle, welche mittlerweile nicht nur unterschiedliche Regionen des Landes erfasst hat, sondern auch diverse Bevölkerungsschichten umfasst und das Alltagsgeschehen im Iran bis heute massgeblich dominiert. Dass die Proteste unter dem Slogan «Jin – Jyian – Azadi / Zan – Zegeedi – Azadi / Frauen – Leben – Freiheit» stehen, verdeutlicht die besondere Rolle der iranischen Frauen in dieser revolutionären Situation.

Fariba, eine iranische Genossin, welche momentan in Belgien lebt und im zan zegeedi azadi collective aktiv ist, weist im Gespräch vehement darauf hin, dass die iranischen Frauen sich nicht einfach plötzlich aus dem Nichts erhoben, um gegen die Regierung aufzubegehren, wie es in manchen westlichen Medien den Anschein erwecken mag. Vielmehr seien die aktuellen Proteste der Ausdruck eines politischen Bewusstseins, welches sich durch die objektiven Gegebenheiten in der iranischen Gesellschaft über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinweg, geformt und verfestigt hat.

## Alltäglicher Widerstand

Fariba berichtet uns davon, wie die iranischen Frauen aufgrund ihrer alltäglichen Erfahrungen mit patriarchaler Kontrolle geformt werden, oftmals jedoch in eine andere Richtung, als dies von den Mächtigen gewünscht wäre. Denn hier finden sich Ansätze für Widerstand: «Wenn eine junge Frau am Morgen ihre Kleider anzieht und dabei beschliesst, einen bunten Schal zu tragen, überlegt sie sich im gleichen Zuge auch, wie und mit welcher Strategie sie der Sittenpolizei begegnen wird. Mit dieser kleinen Alltagshandlung wird eine Frau also immer wieder vor die Wahl gestellt: Unterwirft sie sich dem Diktat des Mullah Regimes oder verteidigt sie ihre Freiheit?» sagt Fariba. Dass letzteres ein gefährliches, gar lebensgefährliches Unterfangen ist, verdeutlicht der Fall Masha Jina Amini, aber auch zahlreiche ähnliche Fälle davor und danach.

Das Beispiel mit dem Kopftuch, erklärt uns Fariba, ist ein zentrales Symbol dafür, wie die Kontrolle über den weiblichen Körper historisch ein zentrales Moment der Organisation der Gesellschaft durch die Herrschenden darstellt. Während der erste Schah, eine Marionette der USA, als Zeichen seiner «westlich-liberalen Politik» das Tragen des Hidschabs verbot, wurde die weibliche Kopfbedeckung mit der Gründung der islamischen Republik 1979 wiederum obligatorisch. Gegen diesen Kopftuchzwang gingen bereits am 8. März 1979 rund 100 000 Frauen unter der Parole «unsere Freiheit ist weder westlich noch östlich sondern universell» auf die Strasse. Es kam zu einer Niederschlagung des Protestes. Auch die blutige Repression, deren Bilder heute die Schlagzeilen zu den Protesten im Iran prägen, ist keine neue Erfindung, sondern eine historische Reaktion gegen das emanzipatorische Aufbegehren der Bevölkerung – allen voran der Frauen.

Offener Protest war und ist entsprechend nicht der einzige Weg, den iranische Frauen einschlagen, um sich dem patriarchalen Regime zu entziehen. Mehr als 50% der Studierenden im Iran sind Frauen. Für viele ist eine höhere Ausbildung der einzige Weg, mehr Freiheit zu erlangen, sich ein Stück weit aus den Strukturen zu lösen und sich zu emanzipieren. Denn Bildung steht im krassen Widerspruch zu der Rolle, welche Teile der iranischen Gesellschaft für Frauen vorgesehen haben: Als einziges erstrebenswertes Ziel sei es für Frauen vorgesehen, Ehefrau und Mutter zu werden und somit sowohl im öffentlichen politischen, wie auch im vermeintlich privaten Rahmen eine patriarchale unsichtbare Funktion einzunehmen und zu schweigen.

## Kapitalismus im fundamentalistischen Gewand

«Im Iran herrscht ein theokratischer Kapitalismus» konstatiert unsere Genossin. Dieser setzt sich aus den Elementen des Klassenwiderspruchs, der Ausbeutung der Arbeiterinnenschaft und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung zusammen. Die Rahmenbedingungen dieser genannten Faktoren sind – anders als der bürgerlich-liberale Staat in der Schweiz – eine Theokratie, zu Deutsch eine Gottesherrschaft. Die Mächtigen berufen sich zur Legitimation ihrer (Über-)Macht nicht auf vermeintliche Wahlen oder wirtschaftliche Notwendigkeiten, sondern



Den stadtteilorientierten Aufständen kommt eine zentrale strategische Bedeutung in der revolutionären Situation im Iran zu.

auf einen göttlichen, unantastbaren Willen, eine göttliche Berufung. Das Gesetz der Theokratie ist im vorliegenden Fall die Scharia. Diese gilt zwar in der Theorie für alle Geschlechter, Volksgruppen und Religionen, wird in der Praxis jedoch mehrheitlich so ausgelegt, dass dadurch eine spezifische Kontrolle über die Frauen und andere, marginalisierte Teile der Bevölkerung ausgeübt werden kann.

Der Hidschabzwang beispielsweise, so Fariba, ist Ausdruck dessen, wie mittels Scharia-Gesetz aus einem Stück Stoff eine zentrale Symbolik der Kontrolle über die Frau und ihrer Sexualität durch den Staat geworden ist. Staatliche Institutionen stützen sich auf dieses Recht und setzen es notfalls auch mit äusserster Gewalt durch. Es war jedoch nicht allein die patriarchale Unterdrückung der Frauen, welche dazu geführt hat, dass sich die momentanen Proteste in diesem Umfang und mit dieser Geschwindigkeit durch sämtliche Teile der Gesellschaft ausbreiten konnten. Die spezifische Unterdrückung der Frauen steht nämlich in einem direkten Zusammenhang mit anderen gesellschaftlichen Entwicklungen im Iran. Seit Jahren erlebt das Land eine massive Verarmung der Gesellschaft, die Mittelschicht erodiert zunehmend, die arbeitende Bevölkerung sieht sich mit Ausbeutung, Inflation und Machtmissbrauch konfrontiert, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 25%. Gegen die Verarmung und den kontinuierlichen Abbau sozialer Leistungen gingen bereits zum Jahreswechsel 2017/18 Zehntausende in verschiedenen Regionen des Landes auf die Strasse. Ein Jahr später kam es erneut zu einer massiven Protestwelle, welche sich am stetigen Anstieg der Ölpreise und der Inflation entzündeten. Die Wut gegenüber ihrer zunehmenden Verelendung – mindestens ein Drittel der 82 Mio. Iraner\_innen leben unter der Armutsgrenze – entlud sich in militanten Angriffen auf Banken, Supermarktketten und Regierungsgebäude. Diese ökonomisch motivierten Aufstände stiessen auf eine blutige Repression, schätzungsweise 1500 Menschen wurden ermordet. Aussicht auf Besserung, ja gar Hoffnung, blieb aus und so brachte der Mord an Masha Jina Amini das Fass zum Überlaufen. Die Hoffnung, welche sich viele Menschen jetzt kollektiv zurückerkämpfen – indem sie trotz staatlicher Gewalt und Todesgefahr jeden Tag aufs Neue auf die Strassen gehen, liegt nicht in Reformen und Verbesserungsversprechen oder partiellen Neuerungen – sie liegt in der Revolution. Die Parole «zen – zegeedi – azadi», berichtet Fariba, dient mittlerweile als Überdach, unter dem sich verschiedene, vormals fragmentierte Kämpfe im Iran nun zusammenfinden. Der Kampf der seit jeher unterdrückten und marginalisierten ethnischen Minderheiten, der Kampf von LGBTIQ\* Personen, der Kampf der arbeitenden Bevölkerung – ihnen allen gemeinsam ist das Streben nach Freiheit. Freiheit von Patriarchat, fundamentalistischer Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung.

## Hier wie dort die Revolution organisieren

Die jüngste Widerstandsbewegung ist horizontal aus der Bevölkerung heraus organisiert, geografisch fragmentiert und kennt keine formelle Führung. «Uns allen ist bewusst, dass revolutionäre Bewegungen einfacher zerschlagen werden können, indem die Kader getötet werden», erzählt Fariba. Die feministische Bewegung ihrerseits sei zwar relativ schwach organisiert, man lerne jedoch laufend aus anderen Bewegungen und versuche, dieses Wissen anzuwenden. Fariba vertritt die Position, dass die Bewegung eine stärkere revolutionäre Organisation benötigt, um die Revolution tatsächlich umzusetzen. Um aus der aktuellen Situation eine Revolution fortsetzen zu können, brauche es eine revolutionäre Führung. Zusammen mit ihren Genossinnen ruft sie zur Selbstorganisation in allen Regi-

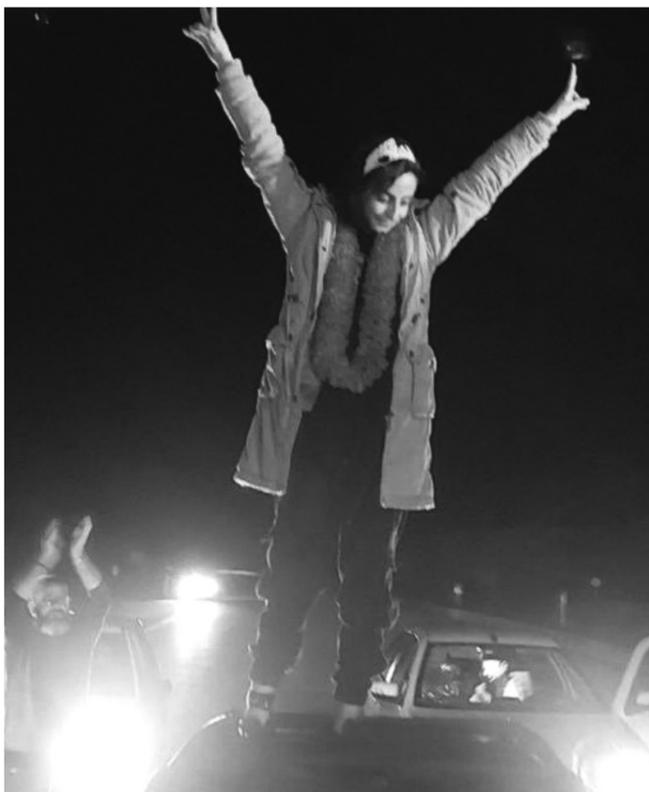
onen und in allen Bereichen des Widerstands auf, gerade von der Studentenbewegung und den Nachbarschaftsorganisationen, welche seit 2019 kontinuierlich wuchsen, lasse sich viel lernen. «In den nächsten Wochen und Monaten stehen wir vor einigen schwierigen, strategischen Fragen, die es fortlaufend zu lösen gilt, wenn wir eine wirkliche Revolution und damit den Aufbau eines anderen ökonomischen und gesellschaftlichen Systems anstreben.»

Auch wenn die Ausgangslage im Iran eine andere als bei uns ist, die Gewalt überbordend, brutal und nicht vergleichbar mit der Schweiz, legt Fariba während des Gesprächs immer wieder viel Wert darauf zu betonen, dass wir hier wie dort im Kern denselben Kampf führen: Jenen gegen den patriarchalen Kapitalismus. «Die objektiven Bedingungen sind anders, der Befreiungskampf derselbe», konstatiert Fariba. Sie ist überzeugt, dass wir unsere Solidarität mit den iranischen Schwestern am besten zeigen können, wenn wir den Kampf gegen den patriarchalen Kapitalismus auch Hierzulande führen. «Wir wollen keine Solidarität von Staaten oder Parlamentarier\_innen! Die imperialistischen Staaten versuchen schliesslich bereits jetzt im Windschatten der laufenden Proteste Einfluss zu gewinnen und die kommende Regierung auf die eigene politische Agenda einzuschwören.» Internationale Einmischung, so Fariba weiter, wird nur zu einer Auswechslung des Regimes führen, die grundsätzliche Herrschaft und Ausbeutung wird damit aber nicht abgeschafft, nur verändert, verdeckt, in ein anderes Gewand gehüllt.



Das Konzept des revolutionären Volkskrieges beinhaltet die Mobilisierung der Gesellschaft als Ganzes, sowohl im militärischen als auch politischem Sinn. Die historischen Hintergründe dieses strategischen Konzepts werden in der Ausgabe der Internationalen Debatte «Urbane Kriegsführung und Stadtguerilla in der Strategie des revolutionären Volkskrieges» analysiert und seine Anwendung von den Städteaufständen in Nordkurdistan 2015 bis hin zum Konzept der Guerilla des 21. Jahrhunderts betrachtet.

Diese Ausgabe der Internationalen Debatte wurde bereits in viele Sprachen übersetzt (Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch). Weitere Informationen dazu und noch mehr findet ihr unter <https://widerstandsvernetzung.org/>



## Im Bild

Dieses Bild zeigt die 17jährige Schülerin Sonya Sharifi nach ihrer Freilassung im Dezember 2022, wie sie von den Menschen empfangen wird. Sonya wurde Anfang November 2022 im Iran in der kurdischen Stadt Awdanan verhaftet, weil sie angeblich an den Protesten gegen die Regierung beteiligt war und Molotov Cocktails gemacht habe. Mitte Dezember wurde sie dann wegen «Krieg gegen Gott» zur Todesstrafe verurteilt. Als die akute Gefahr der Todesstrafe für Sonya öffentlich wurde, gab es anscheinend viele Menschen in Awdanan, die konkret mit bewaffneten Reaktionen gedroht haben. Kurz darauf wurde Sonya aus dem Gefängnis entlassen. Obwohl das Regime gnadenlos und brutal ist, so gibt es immer wieder Momente, wo klar wird, dass der Druck von der Strasse und der Mut der Menschen stärker sein können als die höchsten Knastmauern.

### GRIECHENLAND

## Die Besetzung Prosfygika – Aufbau einer Gegenmacht

**Die grösste Besetzung Europas – Prosfygika - bietet nicht nur Wohnraum, sondern auch eine politische Organisation gegen Staat, Kapital und patriarchale Strukturen.**

(agj) Die Besetzung Prosfygika ist ein Komplex von acht Blocks mit 228 Wohnungen und damit die grösste Besetzung Griechenlands. Die Wohnblöcke wurden 1933 gebaut, um nach dem griechisch-türkischen Krieg (1919-1922) Geflüchtete unterzubringen. Damals entstand auch der Name Prosfygika, was übersetzt Flüchtlinge bedeutet. Durch diese günstigen Arbeiter\_innenwohnungen entstand ein lebendiges Arbeiter\_innenviertel. Mit den gemeinschaftlichen Innenhöfen wurde das kommunale Zusammenleben durch die Architektur des Komplexes gefördert.

Während der deutschen Besetzung und später im Bürgerkrieg 1944 nutzten die Guerillas Prosfygika als strategischer Stützpunkt und Rückzugsort. So wurde Prosfygika eine Festung des antifaschistischen Widerstandes. Trotz dem historischen Erbe entschied sich der griechische Staat 1990 Prosfygika zu enteignen, um ein Fussballstadion und ein Einkaufszentrum zu bauen. Der hartnäckige Widerstand von Bewohnenden gegen die Enteignung führte dazu, dass Prosfygika als architektonisches und historisches Denkmal anerkannt und der Abriss verunmöglicht wurde. Es folgte eine bis heute fortlaufende Besetzung dieser staatlichen Wohnungen und damit eine Wiederaneignung dieses Wohnraums.

### Selbstorganisaion

Der Kampf gegen Staat und Kapital erschöpfte sich für die Bewohnenden nicht in der Besetzung dieses Wohnraumes. Aufgrund der Prekarisierung durch die Finanzkrise im Jahr 2008 und die damit einhergehende steigende Arbeitslosigkeit in Griechenland, wurde dringend Wohnraum benötigt. Dabei ist evident, dass Wohnraum alleine die Krise nicht lösen würde, sondern Gegenmacht im Kampf gegen das Kapital aufgebaut werden muss. Im 2011 wurde das politische Projekt Prosfygika als selbstorganisierte „Community“ gegründet. Der Akt der Besetzung wird von der Community „als eine Bemühung den Bedarf nach Wohnraum zu decken und darüber hinaus eine Gegenposition zur kapitalistischen Logik zu schaffen“ verstanden. Die Community umfasst Menschen aller Klassen und Marginalisierungen mit verschiedenster Herkunft.

Mittels der politischen Organisation will die Community eine Gesellschaft schaffen, welche ihren Vorstellungen von Gleichheit, Autonomie und (internationaler) Solidarität entspricht. Die selbsternannte Community of struggle versteht sich explizit nicht als Wohnprojekt sondern klar als politisches Projekt, welches Gemeinschaftsstrukturen schafft, um die eigenen Bedürfnisse zu decken. Basis der politischen Organisation sind die obligatorischen wöchentlichen Plenarversammlungen, an welchen für das Funktionieren der Community gesorgt und zugleich gegen Staat, Kapital und patriarchale Strukturen gekämpft



Prosfygika Squat in Athen.

wird. Dafür wurde die Form eines kommunalen Konföderalismus gewählt, welche mit der Organisationsform der kurdischen Bewegung vergleichbar ist. Diese gemeinschaftliche Organisationsform wurde bewusst gewählt, um die in Europa gängige individuelle Organisation in Bezugsgruppen und kleinen Kollektiven aufzubrechen. Unter vielen eigenständigen Strukturen, wie bspw. kollektive Küchen, Social Center, Kinderhaus, Bäckerei bildet das Womens Café als Frauenstruktur die einzige autonome Struktur der Community. Diese Autonomie ist notwendig, damit patriarchale Strukturen ausserhalb sowie innerhalb der Community bekämpft werden können.

### Ort des Kampfes gegen Staat und Kapital

Neben der internen politischen Organisation bzw. der Selbstverwaltung nimmt die Community auch an politischen Kämpfen der lokalen, aber auch internationalen Bewegung teil. In der griechischen Gesellschaft hat das Überbleibsel der antagonistischen Linken und deren Kämpfe einen stärkeren Einfluss als bspw. in der Schweiz. Demzufolge überrascht es nicht, dass Prosfygika stets eine kämpferische und militante Linie unterstützt. Neben der Solidarität mit politischen Gefangenen wie Dimitris Koufontinas und der Unterstützung von Riseup4Rojava,

unterstützt die Community Nachbarschaftskämpfe gegen die Gentrifizierung, worunter auch die Verteidigung von Exarchia fällt.

Die Besetzung Prosfygika schafft zugleich Wohnraum, politische Organisation und einen Kulturraum. Dass dieser Aufbau von Gegenmacht dem Staat ein Dorn im Auge ist und deswegen regelmässig staatliche Repression ausgesetzt ist, verwundert kaum. Die Selbstorganisation gibt den Menschen aber eine Perspektive auf eine Gesellschaft ohne jegliche Unterdrückung. Dies drückt sich auch dadurch aus, dass der Staat und das Kapital von der Community abgelehnt und angegriffen wird. Und Prosfygika verteidigt ihren Squat und ihre politischen Ideologien in den Häusern und auf der Strasse militant.

**STREIK IM NHS**

# Wohlfahrt entspricht nicht dem Zeitgeist

Der National Health Service (NHS) von Grossbritannien ist ein durch Steuergelder finanziertes Gesundheitswesen, das allen frei zugänglich sein soll. Deshalb wird er geliebt und deshalb steht er der Profitmaximierung im Weg. Die streikenden Pflegekräfte sind Ausdruck der systematischen Ausblutung.

(az) Der Aufbau hat in den letzten Jahren viel über das Gesundheitswesen in der Schweiz, aber auch über Streiks des Pflegepersonals in den USA, Deutschland, und Frankreich berichtet. Und obwohl sich die jeweiligen Gesundheitssysteme stark unterscheiden, haben alle diese Arbeitskämpfe eine grosse Gemeinsamkeit: Mehr Personal ist die Forderung, denn wenn zu viele fehlen, brennen die noch Arbeitenden aus. Ausserdem entwickeln Pflegenden überall schwere ethische Bedenken, weil ihre Arbeit so sehr beeinträchtigt ist, dass sie die Qualität nicht wahren können und es für Patient\_innen gefährlich zu werden droht. Der Lohn hingegen hat weniger Dringlichkeit.

Nicht so in Grossbritannien, da trägt eine Pflegerin das Schild „Burnt Out, broken, broke“. Sie ist zusätzlich auch noch pleite. Den Pflegenotstand kennen diese Pflegenden natürlich gut. Wer arbeitet, schuftet 12 Stunden Schichten und hängt noch gratis Überzeit an. Aber das NHS-Personal hat zudem einen massiven Reallohnverlust zu verkraften. Die Löhne sind seit 10 Jahren gleich geblieben, angesichts der diesjährigen Teuerung von 11% sprechen wir hier von 15-20% weniger Reallohn als vor zehn Jahren.

Die Missstände sind auch für Patient\_innen astronomisch. 7 Millionen Personen warten auf eine Behandlung, besonders gravierend in der Jugendpsychiatrie, da betragen die Wartezeiten momentan zwei Jahre. Ambulanzen brauchen manchmal Stunden, so dass sie durchaus häufiger als normal zu spät kommen. Operationen werden vertagt und verschleppt. Durch die langen Wartezeiten werden alle Fälle schwerer und arbeitsintensiver als sie gewesen wären, hätten die Patient\_innen rechtzeitig ihren Termin bekommen. Die Langzeitpflege ist fast gänzlich privatisiert, und da die Altersheime kein qualifiziertes Personal führen, das würde ja die Profitrate senken, werden Alte sogar zur Wundpflege ins Spital geschickt. Und das ist auch, was besonders am NHS zerrt: Dadurch dass in UK alles abgebaut wurde, ist der NHS die letzte verbleibende Instanz, an die sich Mittellose wenden können: Wer friert, hungert oder andere Hilfe braucht, wird in der Notaufnahme stranden, denn trotz Wartezeiten hat man darauf noch das Anrecht. Also mehren sich die Missstände, die der NHS bewältigen müsste, aber Mittel dafür stehen nicht zur Verfügung.

**Nach dem Streik ist vor dem Streik**

Nur schon im letzten Jahr haben 30'000 Pflegefachpersonen und unzählige Ärzt:innen gekündigt, was ein klarer Hinweis darauf ist, wie gross der Handlungsbedarf ist. Entsprechend hat das Royal College of Nursing (RCN) für den Dezember und Januar zu vier Streiktagen aufgerufen und der Streik wurde befolgt. (Siehe Interview) Die Pflegefachleute fordern faire Bezahlung, Massnahmen gegen den gravierenden Personalmangel und für die Sicherheit der Patient\_innen. Und weil die Regierung rumjammert, nur 1% Lohnerhöhung würde 800 Millionen CHF kosten und das könne man sich nicht leisten, sind für Februar auch erneute Streiks angekündigt. Härtere und grössere. Der Premierminister Rishi Sunak droht indessen mit Streikverbot für systemrelevante Bereiche, Militär soll Ambulanz-Fahrer\_innen ersetzen und die Regierung behauptet penetrant, alles menschenmögliche für den NHS zu unternehmen.

Wir behaupten, der Missstand hat System und Absicht. Alle, auch sehr konservative und bürgerliche Kräfte, verkünden lauthals ihre grosse Liebe für den NHS, sogar Margaret Thatcher sah sich genötigt, das zu tun. Die Angriffe präsentieren sie einfach als Massnahmen zur Stärkung und Rettung und die Funktionsfähigkeit ist inzwischen untergraben.

**Geschichte des NHS**

Dazu muss ausgeführt werden, dass der NHS keine Sozialversicherung ist, wie man sie in der Schweiz kennt. Er beinhaltet das Recht auf Gesundheitsversorgung und das in einem umfassenden Sinn: alles soll abgedeckt sein und vollständig aus den Steuern bezahlt werden. Als er 1948 ins Leben gerufen wurde, verkündete der damalige Gesundheitsminister Aneurin Bevan am Radio: „Es ist ein Stück echter Sozialismus und auch ein Stück echtes Christentum“. Man erkennt an der Wortwahl, dass der NHS zwischen den Fronten navigierte, zwischen der nach dem zweiten Weltkrieg wütenden und starken Arbeiter\_innenklasse und den Konservativen.



Proteste und Streiks in England.

Der Plan stammte aus der Feder des Ökonomen Beveridge, der geschickt argumentierte, dass eine steuerfinanzierte medizinische Grundversorgung gesündere und damit motiviertere Arbeitskräfte zur Verfügung stellen würde, was die britische Industrie konkurrenzfähiger machen und nebenbei den Klassenkampf zähmen würde. Solches vermochte offenbar das Kapital zu überzeugen, und der sozialdemokratischen Labour-Partei entsprach es ohnehin. Der NHS nahm seinen Dienst auf und kann tatsächlich als grosse sozialstaatliche Errungenschaft betrachtet werden. Den Anspruch, egalitär und sozial dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen, erfüllte er und dafür wird er bis heute hochgehalten. Das macht ihn einerseits zu einer „heiligen Kuh“, andererseits widerspricht es gänzlich dem Zeitgeist, der nicht mehr keynesianistisch ist.

Es überrascht kaum, dass Margaret Thatcher als erste Hand an den NHS legen wollte, doch wagte sie es noch nicht. Sie legte die Basis für die Konkurrenz innerhalb des NHS und bereitete damit den Abbau der 90er Jahre vor. Dieser wurde unter Tony Blairs New Labour freudig vorangetrieben, indem die zentralstaatliche Organisationsstruktur zerstückelt und Private gestärkt wurden. Labour sorgte auch dafür, dass der Katalog an Leistungen, auf die man Anspruch hat, zusammengestrichen wurde.

**Ausblutung des NHS ist kein Kollateralschaden, sondern Strategie**

Der folgenreichste Angriff fand aber 2012 unter David Cameron statt und zwar durch den unsäglichen Jeremy Hunt, der heute Finanzminister ist. Er hat als Gesundheitsminister gründlich dafür gesorgt, dass der NHS die Menschen immer schlechter versorgt. Denn das ist das Ziel: Je schlechter der NHS arbeitet, desto stärker wird die Entfremdung der Bevölkerung und irgendwann wird der Punkt erreicht sein, an dem der NHS frontal angegriffen und ein System eingeführt werden kann, das Profite ermöglicht. Beispielsweise wer eine Psychose hat, kann unmöglich zwei Jahre lang auf eine Intervention warten. Bei steigendem Leidensdruck, steigt die Bereitschaft, eine private Praxis aufzusuchen und zu bezahlen, selbst wenn man sich dafür verschulden muss. Früher für britische Personen unnötig, in den letzten zehn Jahren immer häufiger eine Notwendigkeit. Und das führt dazu, dass sich viele vom NHS abwenden, ihn für untauglich befinden, weil er das inzwischen auch ist, dazu gemacht wurde.

In der idealen Welt der Kapitalist\_innen leisten die öffentlichen Spitäler höchstens minimale Grundversorgung für Mittellose und nicht rentable Fälle wie chronisch Kranke. Daneben blühen private Kliniken, die die gewinnbringenden Eingriffe durchführen. Daneben blühen auch die Versicherungen auf, denn wer es sich leisten kann, gönnt sich eine private Krankenversicherung. Dies ist in UK noch weniger stark ausgeprägt als anderswo, aber eingeführt und stark am Kommen. Und deutlich ist hingegen, dass jeder staatliche Auftrag (zum Beispiel der Ambulanzdienst) ausgeschrieben werden muss, sich der NHS also in Konkurrenz mit Privaten um Aufträge bewerben muss, die bisher durch ihn geleistet wurden. Was dank Lobbyarbeit und Kontakten zu überdurchschnittlich vielen Vertragsabschlüssen mit Privaten führt, obwohl sich in in mehreren Fällen katastrophale Folgen nachweisen lassen. Logischerweise, denn wer aus diesen Aufträgen Profit

ziehen will, muss die Qualität ruchlos weiter senken. In einigen Fällen wurde der NHS wieder eingesetzt, selbstredend nicht zum Schaden der Privatunternehmen.

Hunt hat in seiner Amtszeit die jährliche Mittelserhöhung für den NHS von 6% auf 1% gesenkt, was in keinem Jahr die Teuerung ausglich. Entscheidend war, dass er die Beiträge pro Fall kürzte, so dass inzwischen die Krankenhäuser durchschnittlich pro Fall 10% weniger erhalten, als die Behandlung tatsächlich kostet. Zur Lösung des Problems wurden die Spitäler unter Androhung von hohen Bussen angewiesen, das Defizit auszugleichen. Die Folgen liegen auf der Hand. Im Jahr 2019 fehlten dem NHS 6 Milliarden Pfund zur Instandhaltung der Infrastruktur, da diese Mittel zum Bezahlen von Rechnungen verwendet worden waren und alle Spitäler haben sich schwer verschuldet, sei das beim Staat oder bei so genannten PFIs (Private Finance Initiatives). Was sie alternativ auch tun dürfen: Sie können verkaufen. So wurden einige Krankenhäuser einfach geschlossen und der Immobilienspekulation zugeführt.

Das sind nur einige Finanztricks, mit denen der NHS ausgeblutet wird, alles im Namen der Qualitätssteigerung. Es wurden aber auch gewisse Behandlungen plötzlich „verboten“ oder Operationen dürfen nur noch durchgeführt werden, wenn der Leidensdruck hoch genug ist. Genug ist genug, sagt der Streiksong der Zugarbeiter\_innen, der nun in ganz England gesungen wird. Doch ist es längst viel zu viel. Und es geht um weitaus mehr als nur die Löhne, auch wenn die sehr wichtig und gerechtfertigt sind. Gesundheit statt Profit ist das Ziel des NHS-Personals.



**LoRa 97.5 MHz**

**Sonntag  
18 bis 20 Uhr  
Immer am ersten  
Sonntag des Monats**

**Wiederholungen  
jeweils  
donnerstags  
10 bis 12 Uhr**

# Das Scheitern der Appelle



Sie kennen sich mit Absprachen aus: Bundesrat Berset und Gewerkschaftsboss Maillard

**Die Sorgearbeit steckt in der Krise. Sozialpartnerschaftliche Appelle in Gewerkschaft und Betrieb gaukeln Lösungen vor und enttäuschen die Hoffnungen der Angestellten. Nun werden Kampagnen zu Gesamtarbeitsverträgen sogar von der Regierung verordnet.**

(az) Die Notstände in den Sorgeberufen lassen sich nicht leugnen: 300 aussteigende Pflegende pro Monat, übervolle Jugendpsychiatrien, wegen Überlastung zu 40% medikamentös ruhig gestellte Bewohner\_innen in den Altersheimen, zuhauf unbesetzte Stellen oder geschlossene Notfallabteilungen. Die Krise der gesellschaftlichen Reproduktion wird in immer mehr Facetten sichtbar. Anders ausgedrückt: Der Kapitalismus neoliberaler Prägung bekundet zunehmend Mühe, die notwendige (Wieder-) Herstellung von Arbeiter\_innen zu gewährleisten. Diejenigen, die von dieser Gesellschaft ausgebrannt, heranerzogen, verbraucht, traumatisiert, krank oder vernachlässigt werden, (wieder) fit fürs Hamsterrad zu machen oder würdig zu versorgen.

Diese Krise der Reproduktion äussert sich politisch auch in einer Krise des Reformismus. Das zeigte sich jüngst in den Betrieben im Care-Bereich und bei der Umsetzung der Pflegeinitiative. Nun scheint es sogar der Bundesrat besser als die Gewerkschaftsführung zu wissen und verordnet GAV-Verhandlungen.

## Gutgemeint und wirkungslos

Wenn Probleme so lange ignoriert und verleugnet werden, kann es sich schon wie ein Triumph anfühlen, wenn endlich darüber geredet wird. Aber wer Forderungen aufstellt und gleichzeitig kein Konzept hat, wie sie durchgesetzt werden können, legt die Verantwortung und Bestimmungsmacht in die Hände derjenigen, die sie schon haben. Viele Pflegende haben diese Erfahrung nach den ersten Corona-Wellen gemacht, als Spitalleitungen ihre Anliegen aufzunehmen schienen, diese aber in Arbeitsgruppen unter Kontrolle der Direktionen verzögert, entschärft oder in genehme Richtungen gelenkt wurden. Eine Forderungsliste in einem Betrieb kann Kolleg\_innen zum Mitmachen bewegen, ohne Machtbasis jedoch nicht durchgesetzt werden.

Reformist\_innen in der Gewerkschaftsführung und der Belegschaft neigen bei Arbeitskämpfen zu Appellen, Manifesten und Sozialpartnerschaft. Das hemmt die Entstehung von Arbeitskämpfen im Care-Bereich. Klar braucht es dort auch gemeinsame Forderungen, hinter denen sich die Angestellten sammeln können. Wenn die kollektive Energie und das Momentum im Betrieb jedoch darauf verwendet werden, möglichst gute Manifeste «partnerschaftlich» beim Chef anzubringen, dann fehlt sie bei der Organisation und Formierung der Angestellten. Sie fehlt beim eigentlichen Kampf. Potenzielle Streikführer\_innen können dann von der Leitung in ein «gemeinsames» Vorgehen integriert und in technische Diskussionen verwickelt werden. Die Dynamik schwindet und nach ein paar Monaten ist die Belegschaft kaum noch kollektiv handlungsfähig. Diese Verzögerungstaktik geschah so an vielen Orten im Care-Bereich in den letzten Jahren, insbesondere in der Pflege. Politische Haltungen und was daraus für Schlüsse für den Arbeitskampf gezogen werden, sind also mitentscheidend, ob aus günstigen Bedingungen auch Kämpfe entstehen. Die Erfahrungen aus Deutschland haben gezeigt, dass Arbeitskämpfe im Care-Bereich dort er-

folgreich sind, wo die Angestellten und die Gewerkschaft kämpferisch sind, die nötige und nachhaltige Organisationsarbeit leisten und offensiv auftreten.

Auch auf der abstrakteren Ebene der Gewerkschaftsbewegung zeigen sich diese politischen Fragen. Reformist\_innen in der Gewerkschaftsführung versuchen seit einem Jahrzehnt, die personelle Schwäche der Gewerkschaften durch ein Ausweichen auf die politische Ebene zu kompensieren. Mindestlohninitiative, die fünfte Ferienwoche oder AHV+ wurden allesamt abgelehnt. Die in einigen Kantonen eingeführten kantonalen Mindestlöhne sind gerichtlich zurechtgestutzt worden, weil sie die Bedingungen von (weniger guten) Gesamtarbeitsverträgen (GAVs) nicht überlagern dürfen. Die Pflegeinitiative war vom Ergebnis her zumindest ein Lichtblick. Doch auch dort ist die Dynamik, die der Abstimmungskampf bei der Basis erzeugt hat, in Enttäuschung und teilweise Resignation umgekehrt, als der Bundesrat seine Bestimmungsmacht nutzte, um den Teilbereich der Arbeitsbedingungen lange zu verzögern. Nun hat er Vorschläge zur Umsetzung vorgestellt.

## Gezungen zur Basisarbeit

Die Vorschläge des Bundesrates enthalten Verbesserungen bei der Informationspflicht und den Zulagen bei kurzfristigen Einsätzen. Damit greift er zwei Forderungen auf und lässt zehn weitere liegen. Es hätte zahlreiche weitere Möglichkeiten gegeben, Verbesserungen vorzugeben, die dem existierenden Notstand gerecht werden. Mittels Revision des Normalarbeitsvertrages (von 1972!) hätten für alle privatrechtlich Angestellten Verbesserungen bei der psychosozialen Belastung, Arbeitszeit und sogar bei Löhnen vorgegeben werden können. Würde die Fürsorgepflicht im Obligationenrecht konkretisiert, gäbe es endlich Kompensationstage bei Belastung und Stress. Im Krankenversicherungsgesetz hätte das Verhältnis Pflegende pro Patient\_in festgelegt werden können. Die geschlechterdiskriminierenden Löhne könnten mit Konkretisierungen im Gleichstellungsgesetz endlich angegangen werden. Der Bundesrat nutzt also – genauso wie die Bosse – seine Macht, um Scheinlösungen, Verzögerungen und Beschwichtigungen zu präsentieren.

Nichts aber verdeutlicht das Scheitern der reformistischen Politik in Parlament und Regierung so deutlich, wie wenn der Bundesrat als Kernstück der «Verbesserungen» den Gewerkschaften (und den Gesundheitsmanager\_innen) vorschreibt, Verhandlungen über GAVs anzufangen. Auf diese Idee hätte die Gewerkschaftsführung wirklich auch selbst kommen können! Nun werden sie quasi per Regierungsbeschluss gezwungen, endlich in die Basisarbeit zu investieren und offensive Macht aufzubauen, wenn sie sich nicht mit schlechten GAVs zufriedengeben und das Vertrauen der Basis endgültig verlieren wollen. In diesen kommenden Kampagnen liegt deshalb die Perspektive nach Verbesserungen der Situation der Angestellten und Betroffenen. Wenn, dann wird es mit einer Kooperation von Arbeiter\_innenbewegung und feministischer Bewegung gelingen, eine nachhaltige Organisation zu schaffen, um der Situation endlich mit einer Machtbasis zu begegnen.

## Wann, wenn nicht jetzt?

Im November titelte das SRF «Fachkräftemangel auf Höchststand» und fügte hinzu, dass der Mangel bei den Gesundheitsberufen am grössten ist. Eine Studie der PWC, die sich als schonungslose Unternehmensberaterin des Gesundheitswesens profiliert, geht bis 2040 von einer «gnadenlosen Zuspitzung» des Fachkräftemangels im Schweizer Gesundheitswesen aus. Fast 40'000 Pflegekräfte und rund 5500 Ärzt\_innen werden bis dann fehlen – knapp 15 000 Pflegestellen fehlen bereits heute. Das ist nur eine der vielen Schlagzeilen zum Thema.

Weniger präsent in den Medien sind die gleichzeitig zunehmenden Kämpfe im Gesundheitswesen: Sei es in England, wo im Dezember die Pflege nach 30 Jahren wieder in den Streik trat oder in den USA, wo eine Streikwelle der Gesundheitsangestellten die andere jagt. Aber auch die Streiks an der Charité in Berlin waren wichtige Meilensteine. International beobachten wir die Entwicklung eines Arbeitskampfbewusstseins im Gesundheitsbereich und es ist wahrscheinlich nicht zufällig, dass die Mitgliederzahlen bei der Gewerkschaft Verdi dort seit Jahren steigen, während sie in den anderen Bereichen stagnieren oder zurückgehen.

All dies können wir als Ausdruck einer Krise der Reproduktion sehen. Krisen sind Zuspitzungen bereits vorher bestehender Widersprüche, hier im Bereich der Reproduktion der Arbeitskräfte. Die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Reproduktion der Arbeitskraft stattfindet, wandelt sich stetig und ist immer Ort von Klassenkämpfen. Seit längerem beobachten wir einen Wandel weg vom fordistischen Ernährermodell hin zu prekarierten, flexibilisierten Arbeits- und Lebensbedingungen. Der Angriff des Kapitals auf die Reproduktion verläuft mittels Abbau von Sozialstaat, insbesondere im Bereich der Sozialleistungen, aber auch über Privatisierung und Rationalisierung. Die profitablen Bereiche werden marktförmig umgestaltet – immerhin ist die Gesundheit einer der sichersten Wachstumsmärkte – der Rest wird ins Private abgeschoben und/oder abgebaut und entwertet. Dies führt zu Erschöpfungen der Menschen, mehrheitlich sind das proletarische Frauen, die diese reproduktiven Arbeiten unter sich dauernd verschlechternden Bedingungen verrichten. Der Personalmangel und die Streiks im Gesundheitsbereich sind beides Reaktionen auf diese Krise. Krisen sind aber nicht per se Prozesse, in denen die alte Herrschaftsordnung (hier Reproduktionsweise) zerbricht und Platz für emanzipatorische Prozesse entsteht. Vielmehr hängt es von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab, ob diese zum Ausgangspunkt einer emanzipatorischen Transformation werden oder ob es den Herrschenden gelingt, die Kapitalinteressen durchzusetzen. Die PWC auf der Gegenseite hat in ihrer Studie durchaus Antworten auf den Personalmangel (Stichwort mehr Flexibilisierung etc.), die natürlich den Antworten der Streikenden diametral gegenüberstehen.

Streiks im Gesundheitsbereich sind aber nicht nur aktuell sehr präzente gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Gerade weil es da um Sorge, Pflege und nicht zuletzt auch ums Leben geht, zeigen die aktuellen Kämpfe auch eine Perspektive jenseits der kapitalistischen Logik auf. Was für den Kapitalismus die Reproduktion der Ware Arbeitskraft ist, bedeutet für uns nicht weniger als unsere Lebensbedingungen. Dieser Widerspruch wird bei der Sorge-/Pflegearbeit konkret spürbar und subjektiv direkt erfahrbar. Die Angestellten im Gesundheitssektor kämpfen also oft nicht nur gegen schlechtere Arbeitsbedingungen sondern auch gegen die Abwertung von Pflege und Fürsorge, kurz: für das gute Leben. Und gerade jetzt sind die Bedingungen für diese Kämpfe so gut (und so nötig) wie schon lange nicht mehr.

Fortsetzung von Seite 1

Kiran: In unserem Trust sind sieben Gewerkschaften, die zusammenarbeiten müssten. Aber auf die Forderung, vor dem Spital eine Versammlung zu machen, um zu mobilisieren, haben sie empört reagiert. Sie haben nur die Briefe für die Streikabstimmung verschickt.

Marco: Mit entsprechendem Rücklauf. Unison ist die grösste Gewerkschaft innerhalb des NHS und bei der haben nur 40% der Mitglieder abgestimmt. Da nützt es dann nichts, dass von denen 80% für den Streik waren, sie kommen nicht auf die obligatorischen 50%. Am Ende hat im Dezember nur das RCN den Streik beschlossen, jetzt sieht es etwas besser aus.

Kiran: Im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaften hat das RCN zumindest das Minimum gemacht. Es ging auf allen Abteilungen vorbei, hat Flugblätter verteilt und Plakate aufgehängt, zum Streik aufgerufen.

Marco: Aber halt auch nur das absolute Minimum. Von ungefähr 220 Trusts haben 130 den Streik beschlossen. Wie gesagt, ohne richtige Mobilisierung, also ist die Streikbereitschaft hoch. Von diesen 130 sind dann lediglich 40 bestimmt worden, die streiken sollen. Im Februar sind es 73. Bei solchen Entscheidungen werden die Mitglieder nicht miteinbezogen.

Kiran: Und es ist nicht klug, nur in 40 Trusts zu streiken, das schmerzt nicht genug. Die fehlenden Arbeitskräfte wurden am Streiktag über die NHS-Temporärvermittlung gestellt und sie hatten Zulagen à 50%. Wenn da mehr gestreikt hätten, wäre das richtig teuer geworden. Es sollte für sie teuer sein.

Und was das RCN auch noch gemacht hat: Als die Regierung sich nicht auf Gespräche eingelassen hat, hat es angeboten, den Streik zu unterbrechen, damit die Regierung an den Tisch kommt. Ohne irgendeine Zusage, nur für die Gesprächsbereitschaft. Auch darauf hat sich Sunak nicht eingelassen und der Streik dehnt sich aus.

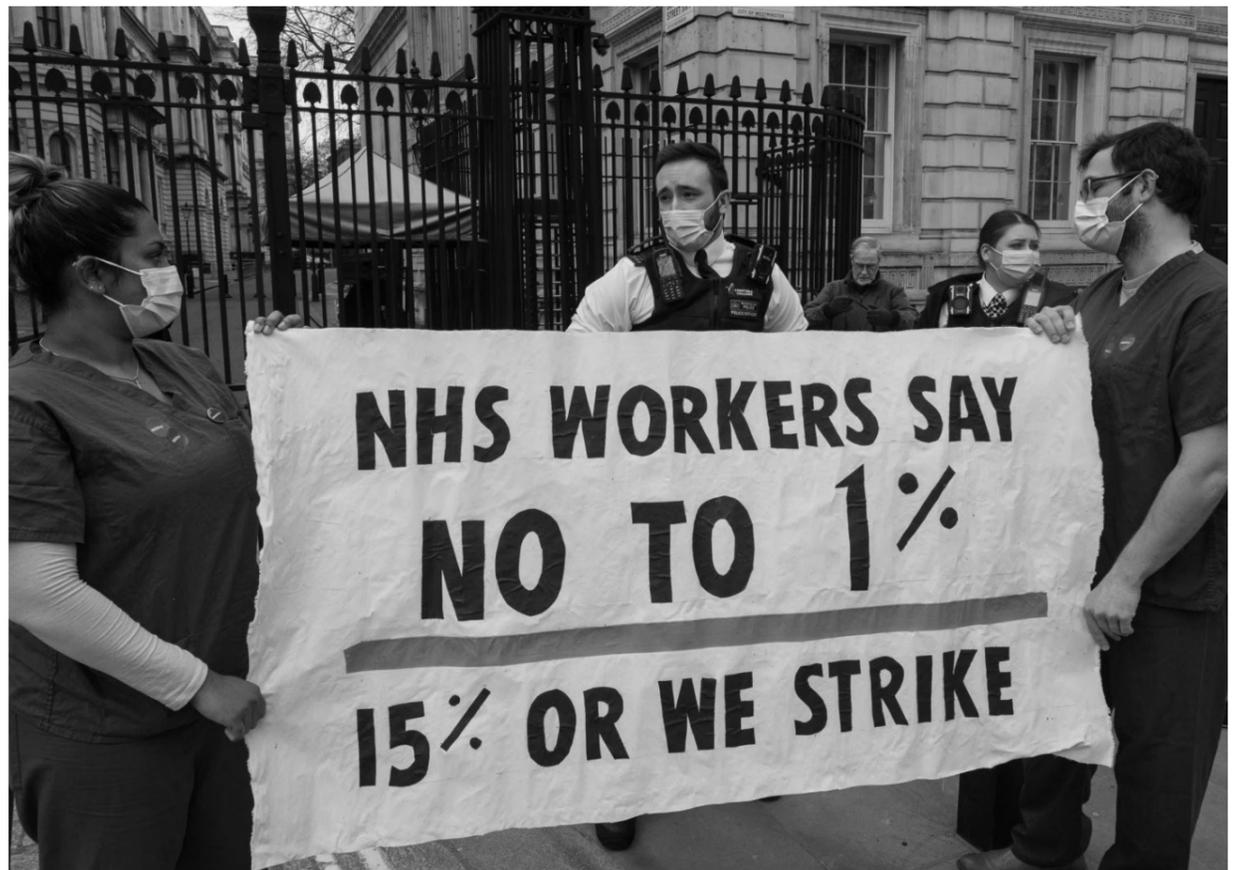
**Wie habt ihr den Streikposten erlebt?**

Marco: Es war ja kalt und unangenehm. Trotzdem war die Stimmung vor dem Spital gut, mehr Personen, als wir erwartet hätten, durchgehend an die 100. Es waren auch viele jüngere da, nicht nur die üblichen Verdächtigen. Leute in Ausbildung, oder auch viele migrantische Personen, die nach UK gekommen sind, um mehr zu verdienen und nun merken: das ist nicht so. Das fand ich gut. Auch, dass viele eigene Schilder dabei hatten.

Kiran: Ich hatte auch weniger erwartet. In UK sind ja nur Streikposten von sechs Personen erlaubt, alle anderen gelten als „Unterstützer\_innen“. Aber es war gemischt, man konnte nicht ausmachen, wer die sechs vom Streikposten sind, das war überraschend.

**Wie ist die Solidarität der Bevölkerung?**

Marco: Wenn man den Umfragen glauben kann, dann hoch. Es gibt keine aktive Unterstützung von aussen, aber



NHS-Mitarbeiter protestieren vor der Downing Street.

die Leute bringen uns zu essen und hupen beim Vorbeifahren, rufen uns Bekräftigung zu. Ich denke, die Pfleger\_innen sind seit Covid immer noch die beliebtesten Arbeitskräfte überhaupt.

**Wie schätzt ihr die Zukunft dieses Streiks ein?**

Marco: Es sind ja weitere Streiktage beschlossen und wenn das RCN das will, sind die auch durchführbar. Aber der Streik könnte durchaus befriedet werden. Einerseits müssen wir davon ausgehen, dass drei grosse Streikbewegungen im öffentlichen Dienst der Regierung zu viele sind und sie deshalb versuchen wird, wenigstens uns davon abzubringen, während sie die Streiks bei der Post und Eisenbahn aussitzt.

Eine Einmalzahlung liegt gerade auf dem Tisch, das RCN gibt sich damit im Moment nicht zufrieden. In Wales ist der Streik abgesagt, durch eine Zusage von zusätzlichen 3% Lohn. Ob die Hilfspfleger\_innen, also wir, die auf Minimallohn sind, da auch gemeint sind, wissen wir aber nicht, es ist nicht davon auszugehen. Der Hausdienst sicher nicht.

Kiran: Im März wollen die Ärzte\_innen streiken, die Regierung will sicher vermeiden, dass beide Streiks gleichzeitig laufen. Die Ärzte\_innen sind selbstbewusster und

milanter als die Pfleger\_innen, sie können das sein, denn sie können jederzeit in den Privatsektor wechseln und würden da sofort Arbeit finden und viel besser verdienen.

**Heute gehen ja viele davon aus, dass im Reproduktionsbereich erfolgreich gestreikt werden kann, da der extreme Arbeitskräftemangel die Kampfkraft stärkt. Merkt man davon was bei euch?**

Marco: Ja, aber sehr individualisiert. Beispielsweise habe ich mit einer Pflegerin aus den Philippinen gesprochen, die in Dubai gearbeitet hat und nach UK gekommen ist, weil sie sich hier eine bessere Ausbildung ihrer Kinder versprochen hat. Jetzt überlegt sie sich nach Australien weiterzuziehen. Es gibt das Bewusstsein darüber, dass man eine begehrte Arbeitskraft ist, aber ich sehe bisher nicht, dass daraus ein Bewusstsein der kollektiven Stärke entsteht.

**SAISONALES WISSEN:**

# Winter - Der Winterschlaf («hibernation»)

(agkkz) Naturwissenschaftlich gibt der Winterschlaf immer noch einige Rätsel auf. Für die Tiere ist der Vorgang nicht so simpel wie es erscheinen mag. Sie können sich nicht einfach zur kühleren Jahreszeit zur Ruhe legen und dann wieder erwachen, in ihrem Körperinneren finden komplexe Stoffwechselfvorgänge statt: Die Temperatur wird gedrosselt, die Herzfrequenz und die Atemfrequenz sinkt auf sehr tiefe Werte. der Zustand ist bei einigen Tieren dem Tod näher als dem Lebendigen. Dieser Zustand wird «Torpor» (lateinisch: Betäubung, Erstarrung, Lähmung) genannt. Als Auslöser gilt derzeit die innere Uhr der Tiere, die auf die kürzer werdenden Tage reagiert, es sind nicht die tiefer werdenden Temperaturen der Umgebung.

Die Tiere befinden sich nicht ständig im Torpor, sondern ab und zu wechseln sie in Zustände des «Arousals». Die Körpertemperatur wird ganz wenig erhöht, die Tiere erfrieren somit nicht. Werden sie aber durch äussere Faktoren wie beispielsweise den Menschen gestört und geweckt, fahren sie die Körpertemperatur vollständig hoch und verbrauchen dabei viel Energie, so dass sie nach mehrere Störungen den Winter nicht überstehen, weil durch die Erwärmung zu viel Fettreserven abgebaut werden.

Schauen wir mal spezifisch die Situation an z.B. bei den Murmeltieren. Diese halten einen sozialen Winterschlaf, den sie sind in Gruppen von bis zum 20 Tieren, was die Überlebenschancen für jüngere Tiere erhöht. Während des Winterschlafs holt ein Murmeltier nur alle paar Minuten einen Atemzug, und sein Herz schlägt je Minute drei- bis viermal. Dadurch ist der Energieverbrauch des Körpers stark reduziert, so dass der Fettvorrat - vor Antritt des Winterschlafs etwa 800-1200 g - ausreicht, um einen ganzen Winter ohne Nahrungsaufnahme zu überstehen. Winter-

schlafende Murmeltiere sind eng zusammengekugelt und fühlen sich steif an, weshalb man den Zustand früher auch als Scheintod bezeichnet hat. Die Murmeltiere schlafen allerdings nicht einen ganzen Winter ohne Unterbruch: Auch bei stark reduziertem Stoffwechsel können die Nieren ihre Funktion nicht völlig einstellen. Deshalb müssen Murmeltiere etwa alle drei bis vier Wochen aufstehen, um in einem entlegenen Teil des Baus ihre Blase zu entleeren. Es ist bis heute unbekannt, wie Murmeltiere es anstellen, zur richtigen Zeit aus dem Winterschlaf zu erwachen. Je nach den örtlichen Verhältnissen, da früher, dort später, erscheinen die Tiere immer dann, wenn die ersten schneefreien Flecken sichtbar werden. In den Alpen ist es etwa Mitte April bis Anfang Mai, wenn sich die Tiere durch den noch über den Bauen liegenden Schnee graben und sichtlich abgemagert zum ersten Mal wieder an der Erdoberfläche auftauchen. Von Jahr zu Jahr schwankt der Zeitpunkt ihres Erscheinens nur wenig, doch bei sehr schlechten Wetterverhältnissen verspäten sich die Murmeltiere bis zu vier Wochen.

Andere Winterschläfer sind z.B. Fledermaus, Siebenschläfer, (seinen Namen hat er vom langen Winterschlaf von 7 Monaten und mehr) die Haselmaus, das Eichhörnchen und der Igel, dessen Atemfrequenz auf 1-2 pro Minute sinkt und seine Körpertemperatur von 36° C auf wenige 1 bis 8° C und die Herzfrequenz von 200 auf etwa 5 pro Minute, alles als Energiesparmassnahme, um von seinen Fettreserven zehren zu können um so den Winter zu überstehen.

Der Klimawandel mit seinen schneearmen Wintern bereitet auch den Wildtieren Probleme. Bestände von Murmeltieren etwa haben laut einigen Expert:innen im Alpenraum schon abgenommen. Zwar gebe es wegen der längeren Vegetationsphase mehr Futter. Doch fehle mangels Schnee



die Isolationsschicht beim Winterschlaf im Bau. Die warmen Winter sind u.a. ein Grund für den Rückgang des Gartenschlänglers, der in Wärmephase öfters aufwacht und dabei viel Energie verbraucht. Zudem sind einige Tiere wegen den veränderten Umweltbedingungen nicht mit genügend Fettreserven in den Winterschlaf eingetreten und kommen deshalb an ihre Grenzen.

Keinen Winterschlaf halten z.B. die Bären und Eichhörnchen und Dachse, sondern sie halten sich an einem geschützten Platz auf, wo sie ab und zu aus der Winterruhe, wie dies genannt wird, gelegentlich auch auf Futtersuche gehen. Tiere, die Winterruhe halten, senken ihre Körpertemperatur nicht oder nie so drastisch und die Art und Weise, so den Winter zu überstehen unterscheidet sich somit klar vom Winterschlaf.

**In dieser Rubrik wird, den Jahreszeiten entsprechend, regelmässig ein kurzer Beitrag zur naturwissenschaftlichen Themen erscheinen.**

## BRASILIEN

# Hans was Heiri ? Nicht ganz

**Spätestens nach dem Regierungswechsel in Brasilien und dem Sturm von reaktionären Kräften auf das Regierungsviertel in Brasilia ist klar, dass das Land tief gespalten ist. Die bürgerliche Demokratie steht auf wackeligen Beinen. Im Folgenden eine Einschätzung der Kräfteverhältnisse.**

(agf) Am 6. Januar 2023 war das Regierungsviertel von Brasilia in das patriotische Grün/Gelb getaucht. Rechtsradikale Bolsonaro Anhänger\_innen stürmten den Nationalkongress, den Obersten Gerichtshof und den Präsidenten-Palast. Nur eine Woche zuvor war der gleiche Ort zur Inauguration des neuen Präsidenten Luiz Inácio da Silva (Lula) durch Massen in Rot geprägt. Lula ist der Kandidat der brasilianischen Arbeiterpartei (PT). Lula gewann die Wahl mit 50.9 % Stimmen mit nur 1.8 % Vorsprung auf den amtierenden, rechtsradikalen Präsidenten Jair Bolsonaro. Dies ist der knappste Sieg aller Wahlen seit dem Ende der Militärdiktatur 1985 in Brasilien. Nach dem Putschversuch wurde in den brasilianischen Medien sofort von Terrorist\_innen gesprochen, die das Regierungsviertel stürmten. Linke Kräfte tendieren dazu, Bolsonaro-Wählende voreilig als Faschist\_innen abzutun. Wer mit Bolsonaro ist, ist Faschist\_in und wer mit Lula ist, Kommunist\_in. Eine solche schwarz/weiss Einteilung verhindert jedoch eine differenzierte Analyse der Lage.

## Historisches Erbe

1964 kam es in Brasilien zu einem Coupe d'Etat. Der amtierende Präsident João Goulart, verfolgte mit einer eher sozialdemokratischen Linie Strukturreformen auf drei Ebenen: eine Landreform (Enteignung und Verteilung von ungenutztem Agrarland); eine stärkere Besteuerung; und das Wahlrecht für Analphabet\_innen (damals 40 % der Bevölkerung). Dies passte den Militärs, den Grossgrundbesitzern und den USA gar nicht. Es kam infolge dessen zur Rebellion der Armee, welche von den USA unterstützt wurde und zur Militärdiktatur führte, die bis 1985 anhielt. Ab 1978 wurden wieder Parteien zugelassen, im Zuge dessen sich die PT gründete. Die Gräueltaten der Militärdiktatur wurden nie aufgearbeitet, die Folterer von damals bekleiden heute noch wichtige Positionen der Justiz und des Militärs.

## Gründung der PT

Die PT ähnelte in den Anfangsjahren mehr einer sozialen Bewegung: Mit Gewerkschafter\_innen, Landlosen, politisch Aktiven aus den Favelas und vielen Anhänger\_innen der Befreiungstheologie. Die PT sah sich ausdrücklich nicht in der Tradition der Linken des Landes, die von den kommunistischen Parteien geprägt war. Doch sie vertrat eine antikapitalistische Haltung und das Ziel, ein brasilianisches Modell des Sozialismus zu entwickeln. Drei Mal kandidierte Lula als Vertreter der Arbeiter\_innenbewegung für das Präsidentenamt, 1989, 1994 und 1998. Jedes Mal verlor er. Anfang der 2000er Jahre rückte die PT Richtung Mitte, worauf er die Präsidentschaftswahlen gewann und von 2003-2010 regierte. In einem 'Brief an das brasilianische Volk' verpflichtete sich Lula, die liberal-ökonomische Politik der sozialdemokratischen Vorgänger beizubehalten. Unter Lula stabilisierte sich das Land, durch verschiedene Unterstützungsprogramme wurden soziale Verbesserungen erreicht, eine Quote für schwarze Personen an der Uni eingeführt. Von diesen Errungenschaften speiste sich der aktuelle Wahlkampf, erinnern sich doch viele afrobrasilianische Familien an ihr erstes Kind an der Uni. Wir dürfen jedoch nicht verkennen was Lula und seine PT in ihrer vergangenen Amtszeit suchten, war Inklusion. Inklusion durch Konsum. Auch die Armen konnten nun als Konsument\_innen angesprochen werden und die Reichen wurden noch reicher. Strukturelle Veränderungen blieben jedoch aus, was sich bspw. in massiven Protesten 2013/2014 gegen Fahrpreiserhöhungen zeigte. Trotz populärer Sozialleistungen wurden die Klassenunterschiede nicht angetastet. Grundlegende Agrarreformen blieben aus und die juristische Anerkennung indigener Gebiete bleibt weit hinter ihrem Versprechen zurück.

## Amtsenthörung und Korruptionsvorwürfe

Nach Lulas Regierungszeit begann die Ära Dilma Rousseff, ebenfalls PT (2010-2016), die geprägt war von einem Korruptionsprozess gegen den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras und einige Baufirmen. Die gesamte politische Riege und etliche Grosskonzerne fielen in Verdacht. Es entspannte sich eine Hetze gegen die PT und ihre zwei Hauptvertreter\_innen: Lula und Dilma. Dilma wurde Misswirtschaft mit Staatsgeldern vorgeworfen und in einem skandalösen, vom Kapital inszenierten und von

den Medien geschürten Prozess 2016 des Amtes enthoben. Lula wurde in einen Korruptionsprozess verwickelt und gilt seit dem bei Vielen als «Dieb», obwohl keine Beweise vorliegen und es zu keiner Verurteilung kam. Das ganze Spektakel wurde begleitet von riesigen Protesten gegen die Regierung, gegen den Staat, gegen die korrupte Elite und hauptsächlich gegen die PT. In diesem Klima des Anti-Establishments wurde 2018 Bolsonaro gewählt. Er galt als unbeschriebenes Blatt, der nichts mit der Politik zu tun hatte, obwohl er seit Jahren in der Politik war und tief verstrickt mit Kapital und Militär. Mit seiner ungehobelten Art, seinen Pöbeleien, konnte er sich als aussserhalb der elitären Politiker\_innen-Riege etablieren.

Dieser Abschnitt der jüngeren Geschichte Brasiliens ist wichtig, um auch die Linke heute zu verstehen. Im Zuge der Diffamierung der PT und des quasi Putsches durch das Amtsenthebungsverfahren von Dilma, entwickelten die Bewegungen einen Verteidigungskampf für die PT und Lula. Die Parole «Lula livre» sowie sein Konterfei in Che Guevara-Manier waren fortan überall zu sehen. Unter Bolsonaro rückten fast sämtliche linke bis linksradikale Gruppen und Parteien Richtung Mitte, um eine Front gegen den Bolsonarismus zu bilden und diesen an der Urne zu bekämpfen.

## Wie kam es auf den Sturm und wer steckt dahinter?

Die Stimmung im Land ist also massiv aufgeheizt und in zwei Lager gespalten. In den vier Jahren Amtszeit vermochte Bolsonaro, Gewalt, Sexismus und Rassismus salonfähig zu machen. Damit bewässerte er einen faschistischen Nährboden, der seine Wurzeln im Kolonialismus hat. Antifa-Recherchen ergaben, dass von 500 faschistischen Zellen in Brasilien auszugehen ist. Durch erleichterte Waffengesetze unter Bolsonaro geht man davon aus, dass sie bewaffnet sind. Der Waffenbesitz stieg in den letzten vier Jahren um 500 bis zu 600 %. Der Wahlkampf war durchzogen von gewaltsamen Übergriffen auf Lula-Wählende. Die Woche nach dem Sieg von Lula war geprägt von Brasilien-Flaggen auf LKWs, welche, national koordiniert, Autobahnzufahrten blockierten. Camps wurden vor Militärcasernen errichtet. Bei einigen Blockaden hob die versammelte Menge die rechte Hand zur Nationalhymne und es tauchten Reden auf, in denen die Armee an die Macht zurück gewünscht wurde. Dies war der monatelange Prolog zum Sturm auf Brasilia.

Es ist nicht zu verkennen, dass der Sturm auf das Kapitol in den USA 2021 als Blaupause diente. Es ist davon auszugehen, dass dahinter auch amerikanische Rechtsradikale stecken. So landete zum Beispiel der Politikleitfaden, den Steve Bannon für Trump entwickelt hatte, in den Händen von Bolsonaro und bestimmte dessen Wahlkampf. Bolsonaro und seine Gang schürten die Stimmung für einen solchen Sturm. Jedoch ist klar, dass dies nicht allein Bolsonaros Interessen sind, sondern auch jene von Grossgrundbesitzern und dem Kapital.

Allen voran die Agrarlobby, die nicht erfreut über den Regierungswechsel ist. Kündigung doch Lula dringend benötigte Agrarreformen an: Ein Stopp der illegalen Abholzungen und die Einführung eines Ministeriums für indigene Gemeinschaften. Von den 204 angeklagten Personen, die bei dem Sturm auf das Regierungsgelände beteiligt waren, gaben etwa 30 in ihren Aussagen an, dass sie von der Agrarindustrie bezahlt wurden. Auch international wird Lulas Programm nicht allen gefallen, der von einer Distanzierung mit Washington spricht und einer Annäherung an Russland und China. Auch eine Zusammenarbeit mit Kuba und Venezuela wird angestrebt.

## Der Kampf geht weiter

Es bleibt eine schwierige Zeit für Brasilien und seine Linke. Ihre Aufgabe ist es, sich wieder nach links aussen zu bewegen, und weiterhin Druck von der Strasse auszuüben. Die militanten Besetzungen von Häusern von und für Obdachlose und die Landlosenbewegung sind bemerkenswerte Kräfte. Sie haben ein grosses Potential, zur Gefahr für den Staat und den Kapitalismus zu werden, denn sie zeigen eine Perspektive auf ein kollektives und Ressourcen schonendes Leben auf. Organisationen wie «reaja ou sera morte» (handle oder werde getötet), welche aufgrund von rassistischen Morden durch die Polizei gegründet wurde, sind sich bewusst, dass sie nichts von diesem Staat erwarten können, weder unter Bolsonaro noch unter Lula. Sie errichten ihre eigenen Bibliotheken, Mensen und Boxtrainings, um die schwarze Bevölkerung in den Nachbarschaften auszubilden, zu trainieren und in politisches Handeln einzubinden. Die Indigenen-Bewegung kämpft für den Erhalt und die Anerkennung ihrer Gebiete und stellt ein stabiles Bollwerk gegen faschistische Kräfte dar. Diese haben in Brasilien bloss eine Wahl verloren. Aber



Im runtergekommenen Zentrum der Millionenstadt São Paulo zeigt die Obdachlosenbewegung „Movimento sem teto do centro“ Präsenz und setzt ein Zeichen im Kampf um Wohnraum. Hier der Garten der „Ocupação 9 de Julho,“

solange die Produktionsmittel in privaten Händen sind, wird der Faschismus immer wieder ein Mittel der Bourgeoisie in der Krise sein. Um den Kapitalismus zu besiegen, reicht es nicht aus, «den bürokratisch-militärischen Apparat von einer Hand in die andere zu geben, sondern ihn zu zerbrechen» (Marx).

## Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw übers Kabel(107.35) oder Internet ([www.stadtfiler.ch](http://www.stadtfiler.ch)).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

[www.winterthur.aufbau.org](http://www.winterthur.aufbau.org)



Zeichen der Besetzung: Erdogans Bild in Ahmed, Nordkurdistan/Türkei

## TÜRKEI

# Keine Hoffnung in die Wahlen

Während einem Aufenthalt in Rojava konnten wir mit einem Genossen sprechen, der lange in der Türkei politisch aktiv war. Danach ging er nach Rojava, wo er gegen den IS kämpfte und unter anderem auch bei der Befreiung von Kobanê und Raqqa dabei war. Wir befragten ihn über die aktuelle Situation in der Türkei. Dies ist der zweite Teil des Interviews, der erste kann auf unserer Homepage nachgelesen werden.

**(rabs) Was denkst du über die Wahlen 2023? Was kann sich dadurch ändern?**

In Europa gibt es einen grossen Widerspruch zwischen der Arbeiter\_innenklasse und den Kapitalist\_innen. In der Türkei ist der grosse Widerspruch nicht zwischen Arbeiter\_innen und Kapital, diesen Widerspruch gibt es natürlich auch, aber der grösste Widerspruch ist zwischen dem Volk und dem Faschismus. Erdogan ist ein grosses Symbol des Faschismus. Persönlich setze ich keine Hoffnung in die Wahlen im 2023, weder in die CHP (die kemalistische Partei) noch in andere Parteien. Wenn sie an die Macht kommen, wird sich etwas ändern, aber Erdogan wird mindestens 20-30% der Stimmen erhalten. Ein Teil der armen Bevölkerung unterstützt Erdogan, ohne viel zu überlegen. Aber viele Konservative sind sozusagen zur Garde Erdogans geworden, sie unterstützen ihn wirklich.

Unter den CHP-Regierungen waren die Reichen bei der CHP, die laizistischen waren reich, die mittlere Bourgeoisie war laizistisch. Heute ist die mittlere Bourgeoisie konservativ und gläubig. Die sind unter Erdogan reich geworden, deshalb unterstützen sie ihn bis zum Ende. Denn sie wissen, wenn Erdogan die Wahlen verliert, werden auch sie alles verlieren. Sie werden auch auf die Strasse gehen und gegen das Volk kämpfen. Das sah man schon bei den Gezi-Protesten 2013. Viele Menschen waren auf der Strasse um gegen die Regierung zu protestieren, auf der anderen Seite war einerseits die Polizei, aber auch viele Leute, die mit Messern und Knüppeln bewaffnet waren. Männer mit Bärten, du hast denen angesehen, dass sie Erdogan unterstützen. Die waren auch auf der Strasse. Erdogan sagte das auch offen, er müsse nur ein Wort sagen und seine Unterstützer würden auf die Strasse gehen. Er weiss aber, wenn er das tut, wird es einen Bürgerkrieg geben. Und wenn dieser Krieg beginnt, ist das gut für die Revolution. Das sah man auch in Rojava oder in Russland: Die Revolution startete mit oder während dem Krieg. Wenn wir näher an der Dunkelheit sind, sind wir auch näher an der Revolution.

Erdogan hat also viele Unterstützer, auch die MHP [die Koalitionspartnerin von Erdogans AKP], wird sicher 7% der Stimmen bekommen. Zusammen hätten die AKP und die MHP dann maximal 40% der Stimmen. Wenn Erdogan aber die Wahlen verliert, kann ich mir nicht vorstellen, dass er das einfach hinnimmt und der CHP die Macht übergibt. Es wird Krieg geben.

Erdogan sagt immer wieder, dass die HDP der PKK nahe stehe um sie von den anderen Parteien zu isolieren. Nun hat die AKP die Lokalregierungen in Ankara und Istanbul auf Grund der kurdischen Wähler\_innen verloren. Wenn die Kurd\_innen nicht die CHP-Kandidat\_innen unterstützt hätten, hätte die AKP gewonnen. Da versucht Erdogan zu spalten, dass die CHP und die HDP nicht mehr zusammenarbeiten und eine Koalition zwischen den Parteien zu verhindern. Sechs Parteien sind nun in der Koalition gegen Erdogan, aber die HDP ist da nicht dabei. Alle Parteien wollen zwar die Unterstützung der HDP, aber das können sie nicht sagen. In der Koalition der Opposition dabei ist auch die iyi-Partei, eine Abspaltung der MHP. Deren Wähler\_innen sind nationalistisch, die würden sich von der Partei abwenden, wenn diese eine Koalition mit vermeintlichen Terrorist\_innen eingehen würde.

Ich hoffe auch, dass Erdogan die Wahlen verliert. Aber ich denke, dann wird es zum Krieg kommen, was uns der Revolution näherbringen würde. So war das auch 2015, als die AKP die Wahlen verlor, da begann danach der Krieg gegen die Kurd\_innen. Diesmal wird ein anderer Krieg beginnen.

**Wie ist denn die Unterstützung innerhalb des türkischen Volkes im Falle eines Bürgerkriegs?**

Beide Seiten werden viel Unterstützung haben. Wenn Erdogan die wirtschaftliche Situation nicht unter Kontrolle bringt – und davon gehe ich aus – werden die Leute auf die Strasse gehen, wenn er eine Wahlniederlage nicht akzeptiert. Die Leute sind wütend wegen den wirtschaftlichen Problemen und wegen den Flüchtlingen. Durch die Flüchtlinge stieg die Arbeitslosigkeit, sie werden noch schlechter bezahlt und es wird noch schwieriger für Türk\_innen, einen Job zu finden. Es gibt Suizide wegen Geldmangels.

Auf der einen Seite haben wir die PKK und die kommunistischen Gruppen, die sich mit den wütenden Massen zusammenschliessen werden. Ich bin mir aber nicht sicher, wer die besseren Karten, zum Beispiel die besseren Waffen hat.

Dieser Bürgerkrieg könnte zur notwendigen demokratischen Revolution führen. Aber es könnte auch zu einer Situation wie in der iranischen Revolution gegen den Shah von 1979 führen. Da kämpften die Kommunist\_innen und die islamischen Kräfte zusammen gegen das alte Regime, aber nachher zerstörten die islamischen Kräfte die kommunistischen. Das ist nicht so einfach in der Türkei, weil die Linke stärker ist. Ich denke nicht, dass es so weit kommen wird, wie im Iran. Und ich kann auch nicht sicher sein, dass Erdogan wirklich verlieren wird, er kontrolliert auch die Armee und Polizei. Viele MHP-Leute traten in die Armee und Polizei ein. Da hat sich sehr viel geändert: Früher hielten sich die Polizisten zurück bei Demonstrationen, die wollten uns nicht schlagen, aber heute sind sie voll motiviert, gegen uns vorzugehen. Das ist Erdogans Armee, wie die SS Hitlers Armee war.

**Die Angriffe gegen die PKK in den Bergen in Başur, der Drohnen- und Wasserkrieg gegen Rojava, die sporadischen Drohungen gegen Griechenland, all diese Dinge sind mit den Wahlen und der schlechten wirtschaftlichen Situation verbunden?**

In der Türkei ist es sehr einfach, mit den Emotionen der Nationalist\_innen zu spielen. Das gab es immer wieder: Jemand machte irgend einen Schwachsinn und sagte, er habe es mit patriotischem Herz getan, er habe es gegen den Terrorismus getan. Und die Leute unterstützten es. Erdogan macht das die ganze Zeit, um Stimmen und Unterstützung zu gewinnen. Aber bei Erdogan hat sich auch etwas geändert. Der Militärputsch 1980 wurde von der CIA unterstützt, weil sie sah, dass die Gefahr einer Revolution gross war. Damals war es einfach, den Premierminister auszutauschen. Das hat sich geändert mit Erdogan, er sitzt fest im Sattel.

Bis Erdogan an die Macht kam, versuchten die Säkularen Druck auf die Konservativen auszuüben. Erdogan ist nicht aus dem Nichts erschienen. Dass Erdogan überhaupt an die Macht kam, ist auch ein Fehler der CHP. Seit Mustafa Kemal setzte der Staat immer die konservativ eingestellten Menschen unter Druck. Erdogan spielte mit dem und kam durch sie an die Macht. Er sieht sich selber als ein König, als Teil des Osmanischen Reiches. Er will, dass die Türkei wieder ein strategisch wichtiges, starkes Land wird, mit geostrategischem Einfluss. Die Lage der

Türkei auf der Weltkarte ist strategisch gut, das kann er ausnützen. Er will, dass andere Länder mit ihm Abkommen schliessen. Deshalb steckt er auch seine Nase überall rein: in Griechenland, in Libyen, in den Irak, in Syrien, überall, denn er will wieder die Macht, die früher das Osmanische Reich hatte. Er hat Truppen im Irak, er hat Teile Syriens besetzt, er spielt in Armenien, der Ukraine, Russland mit. Alle rufen ihn an, das ist genau, was er will. Ich habe Kopfschmerzen, ich habe Bauchschmerzen, Erdogan, hilf mir! Wieso gehen sie zu Erdogan? Es gibt so viele mächtige Länder, China, Iran, Frankreich, Grossbritannien, die USA... Wieso Erdogan? Wer ist Erdogan? Wer ist die Türkei, dass sie Probleme zwischen der Ukraine und Russland lösen könnte? Erdogan kann nichts putzen, er ist selber Scheisse.

Als Sisi in Ägypten putschte, war Erdogan sehr wütend, weil er die Muslimbrüder unterstützte. Nun hat er in Ägypten keine Macht mehr. Aber er will sich als mächtige Person zeigen.

**2023 endet ja der Vertrag von Lausanne, der die Grenzen der Türkei festlegte, wird Erdogan auch die Grenzen der Türkei verschieben?**

Ja, natürlich will er das. Seit Jahren ist sein Slogan: 2023. Wenn er kann, wird er auch die Grenzen verändern, aber da spielen natürlich auch die anderen Kräfte rein, die Nato, die UNO usw.

Weil er sich dadurch höhere Wahlchancen ausrechnet, hat Erdogan die Wahlen auf den 14. Mai 2023 vorverlegt. Zusätzlich zu den Kriegen, die er auch führt oder unterstützt um seine Chancen zu verbessern, wiedergewählt zu werden, liess Erdogan auch seinen Hauptkonkurrenten Ekrem İmamoğlu, den CHP-Bürgermeister von Istanbul zu zwei Jahren Haft verurteilen. Ausserdem läuft ein Verbotsverfahren gegen die HDP.

Der erste Teil des Interviews ist unter folgender Adresse oder via QR-Code abrufbar: [www.aufbau.org/?p=7133](http://www.aufbau.org/?p=7133)



JOSÉ MARIA SISON

# Ein Leben im Dienste der Revolution

Im letzten Dezember feierte die Kommunistische Partei der Philippinen CPP den 54. Jahrestag der Parteigründung. Aus diesem Anlass versammelten sich auch in Zürich Genoss\_innen, um die philippinische Revolution zu würdigen, den Gefallenen und speziell dem kurz zuvor verstorbenen Gründungsmitglied José Maria Sison zu gedenken.

(agkkz) Ka Joma war 83 Jahre alt, als er am 16. Dezember 2022 in Utrecht verstarb. Mit ihm ist ein grosser Revolutionär von uns gegangen. Weder neun Jahre Knast unter dem faschistischen Diktator Marcos, noch das darauf folgende Exil in den Niederlanden brachten ihn vom Kampf ab. Bis zuletzt blieb er ein umtriebiger und unermüdlicher Internationalist. In Zürich wurde im Namen des Revolutionären Aufbau Schweiz die folgende Grussbotschaft verlesen:

## Solidaritätsadresse an die CPP, NPA und NDF

Vor ein paar Tagen haben wir vom Tod des Genossen José Maria Sison erfahren. Der Verlust des Mitbegründers der CPP wiegt schwer und macht uns betroffen! Ein Verlust für die internationale kommunistische Bewegung. Allerdings sind wir überzeugt, dass sich die CPP dadurch nicht von ihrem revolutionären Weg abbringen lässt!

Eine grundlegende Frage des revolutionären Prozesses betrifft die Notwendigkeit von Kontinuität und Nachhaltigkeit in strategischer, programmatischer und organisatorischer Hinsicht. Wer objektive und subjektive politische Veränderungen nicht analysiert und in die eigene Strategie dialektisch integriert, ohne die revolutionäre, kommunistische Perspektive aufzuweichen, der ist zum Scheitern verurteilt.

## DER KEIM DER REVOLUTION

# Saatgut, Syngenta und die revolutionäre Bewegung auf den Philippinen

**Das Kapital eignet sich immer weitere Bereiche unseres Lebens uns unseres Planeten an. Unsere Arbeit, die Natur aber auch unser Wissen – Vieles, was allen gehören und gemeinsam produziert, konsumiert und erhalten werden sollte, wird uns zum Zweck des Profites gestohlen und verwandelt sich zur käuflichen Ware. Ein besonders fatales Beispiel ist ein natürliches Gut, auf das wir alle, um uns ernähren zu können, angewiesen sind: Saatgut.**

(agkkz) Reis, Weizen und Mais ernähren einen Grossteil der Weltbevölkerung. Das Saatgut, das die Bäuerinnen und Bauern für das Anbauen dieser Getreide benötigen, gehört aber immer weniger Grosskonzernen. Vier Konzerne beherrschen mittlerweile 60 Prozent des Marktes. Bayer (Monsanto), Corteva, BASF und Syngenta, welche den Sitz in Basel hat. Durch diese Dominanz haben Konzerne wie Syngenta kein Problem, die Preise zu erhöhen. 26 Milliarden Dollar Umsatz machte die Syngenta Group dieses Jahr. Die Bäuerinnen und Bauern sind durch Abhängigkeit gezwungen, für die Profite von Syngenta und Co. zu bezahlen. Denn das hybride Saatgut, wie es von Syngenta verkauft wird, kann nicht selbst vermehrt werden. So kann die Ernte nicht mehr als Saat wiederverwendet werden und die Bäuerinnen und Bauern müssen jedes Jahr erneut das Saatgut der Biotechnologie-Konzerne kaufen. Dieser Aneignungs- und Kontrollmechanismus des Kapitals wird durch die Gesetze des bürgerlichen Staates gestützt: Die Pflanzen stehen unter Patentschutz und dürfen nicht für die Weiterzucht verwendet werden. Zudem beschränkt die WTO die freie Produktion und den Austausch von Saatgut in den Ländern des Trikont. Die patentierten Hochertragsarten sollen in Verbindung mit chemischen Düngern und Pflanzenschutzmitteln für besonders gute Erträge sorgen. Doch oft geschieht das Gegenteil, denn die Sorten sind nicht an die lokalen Bedingungen angepasst. Das führt immer wieder zu Ernteausfällen und Notsituationen, während die traditionellen Pflanzensorten verloren gehen und so die Abhängigkeit von den Biotech-Konzernen noch grösser wird.

## Eine kollektive und ökologische Alternative..

Doch gegen die Biotech-Konzerne gibt es auch Widerstand - So zum Beispiel in den Philippinen. In dem südostasiatischen Inselstaat arbeitet fast die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Doch in Folge der

Die CPP, unter der Führung von José Maria Sison, war und ist ein leuchtendes Beispiel, wie dieser langandauernde revolutionäre Kampf gegen den Imperialismus erfolgreich geführt werden kann. Entgegen allen Rückschritten des Kampfes für den Kommunismus und der scheinbaren Übermacht des Imperialismus, kämpft die CPP seit 1968 hartnäckig für die Befreiung des philippinischen Volkes vom Halbkolonialismus, Halbfeudalismus und US Imperialismus. Die Kontinuität des Kampfes der philippinischen Kommunist\_innen, trotz aller Schwierigkeiten und geschichtlichen Wendungen, ist ausserordentlich bemerkenswert und zeigt, dass die neudemokratische Revolution unter der Führung der CPP auf der Tagesordnung steht.

Für den proletarischen Internationalismus!  
Revolutionärer Aufbau Schweiz Dezember 2022

## Weitere Botschaften

Die in Zürich versammelten Genoss\_innen erreichte aus dem philippinischen Dschungel, mitten aus einem Gefecht gegen angreifende reaktionäre philippinische Streitkräfte, die im folgenden übersetzte Ansprache:

In internationaler Solidarität möchte ich meinen überwältigenden Dank an unsere Genossinnen und Genossen aussprechen.

Wir werden regelmässig angegriffen und einige unserer Genoss\_innen sind auf Hilfsmissionen für unsere Brüder und Schwestern, die von der Flutkatastrophe hier in Mindanao schwer getroffen wurden. Während wir das 54. Gründungsjahr der Kommunistischen Partei der Philippinen feiern, ehren wir auch die Märtyrer\_innen unter unseren Genoss\_innen der revolutionären Bewegung und wir



José María Sison in Utrecht, 2017.

erinnern uns auch an das heldenhafte Leben von Ka Joma Sison, der sich dem Dienst an den unterdrückten Völkern dieser Welt und dem philippinischen Volk im Besonderen, verschrieben hat. Ich richte meine revolutionären Grüsse an den Revolutionären Aufbau Schweiz, Lotta, die PKK und MLGS. Wir werden den kämpferischen Geist hier in der Bewegung weiter entfachen! Auch wenn wir den Tod von Ka Joma sehr betrauern, werden wir den proletarischen Kampf und die totale Befreiung weiter vorantreiben.

Es lebe die philippinische Revolution!  
Es lebe die internationale Solidarität! Mabuhay!

Vitamin A enthalten, als der «Goldene Reis» - Eine gerechte Verteilung des Landes und die gemeinsame Entwicklung einer nachhaltigen und produktiven Landwirtschaft wäre die Voraussetzung, um die Mangelernährung zu beenden.

## .. als Teil einer breiten revolutionären Bewegung

Die Bäuerinnen auf den Philippinen stellen sich mit ihrer Landbesetzung und ihrem ökologischen Gegenentwurf gegen die Interessen der grossen Konzerne. Und wie hier schützt auch auf den Philippinen der Staat diese Interessen. Die Polizei und die Armee geht gegen die Bäuerinnen vor, versucht sie zu vertreiben und ermordet gezielt Militante der Bewegung. Doch die Bauernbewegung der Philippinen (Kilusang Magbubukid ng Pilipinas - KMP) steht nicht allein. Sie ist Teil einer breiten Front von Organisationen unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen. Zu dieser gehören auch tausende bewaffnete Guerillas der New Peoples Army. Sie können sich bereits in 80 Prozent des Landes bewegen, da sie von den philippinischen Massen und ihren Volksmilizen Schutz und Unterstützung erhalten. Die Guerillas schützen durch ihre Präsenz nicht nur die Bäuerinnen, sie helfen auch auf dem Feld mit, leisten Unterstützung nach Naturkatastrophen und stellen Bildungsmöglichkeiten bereit, damit die Bauern sich selbst verwalten können. Und sie bestrafen die Umweltzerstörer: Grossplantagen oder Minen, welche die Bevölkerung und die Natur bedrohen, werden von ihnen angegriffen und ihr Equipment zerstört. Das zeigt uns, dass ein wirklicher Kampf für die Umwelt und für eine Rückeroberung als dessen, was sich das Kapital unter den Nagel gerissen hat, im Zusammenhang eines grösseren revolutionären Prozesses gesehen werden muss.



Für den Klimastreik und revolutionäre Organisationen schon länger ein Thema: Arbeitszeitverkürzung für ein besseres Leben.

## ARBEITSZEIT

# Wer will den 15-Stunden-Arbeitstag?

**Arbeitszeit bleibt ein umkämpftes Gut. Geht es nach den Interessensverbänden des Kapitals, sollen bisher geltende Schutzrichtlinien und Beschränkungen bald schon aufgehoben werden. Das Zauberwort im Angriff von oben lautet einmal mehr «Flexibilisierung».**

(az) Im Dezember 2022 kündigte die bayrische Arbeitsministerin Ulrike Scharf in einem Interview ihre Absicht an, bald schon den Acht-Stunden-Tag abzuschaffen. Zwar sind auch heute in vielen Berufen Überstunden die Regel, doch offiziell ist die Tagesarbeitszeit in Bayern auf maximal zehn Stunden begrenzt. Geht es nach der Ministerin, dann braucht es künftig keine Obergrenze mehr. So seien künftig auch Zwölf-Stunden-Schichten oder mehr möglich. Mit Überstunden und Mehrarbeit wären so bald 60-Stunden-Wochen möglich. Die Forderungen wurden rasch zum Brennpunkt öffentlicher Kritik, auch weil die Arbeitsministerin mit dem Wunsch der Angestellten argumentierte, die angeblich selbst solche Schichten wollen, während doch fast allen klar ist, wem eine solche Flexibilisierung dient.

Angriffe auf gesetzlich geschützte Arbeitszeitregelungen sind selten beliebt. Doch Scharf ist mit ihrem Vorstoss ebenso wenig alleine. Es gehört vielmehr zu den Gesetzmässigkeiten des Kapitalismus, dass es in regelmässigem Abstand zu Auseinandersetzungen darüber kommt, unter welchen gesetzlichen Bedingungen die Ware Arbeitskraft für wie lange und wie intensiv durch das Kapital beansprucht werden darf. So auch heute wieder. Auf der ganzen Welt rückt die Arbeitszeit unter dem Stichwort «Flexibilisierung» erneut in den Fokus des Kapitals, seiner Interessensverbände und einzelner Regierungen.

Die Angriffe auf die geregelte Arbeitszeit kann dabei verschiedene Formen annehmen. In Frankreich geht es aktuell beispielsweise um die umfassende Ausdehnung der zu leistenden Arbeitszeit im Verhältnis zur Lebenszeit, sprich um die Anhebung des Rentenalters. In vielen Fällen steht gegenwärtig jedoch vielmehr die geregelte Wochenarbeitszeit im Fokus. In Deutschland wird beispielsweise anlässlich der Personalnot an Schulen auch über eine Aufstockung der Arbeitszeit der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte diskutiert – bessere Arbeitsbedingungen wären vermutlich zielführender. Manche Vorschläge klingen auch wie die Rückkehr zur Arbeitswoche im Manchesterkapitalismus. Die südkoreanische Regierung kündigte beispielsweise anfangs Januar eine radikale Ausdehnung der erlaubten maximalen Wochenarbeitszeit von aktuell 52 Stunden auf 69 Stunden an – das kontrafaktische Argument dahinter entblösst die Absurdität des Vorschlags: Die Flexibilisierung der Arbeitszeitregelung soll den südkoreanischen Familien mehr gemeinsame Zeit ermöglichen und dadurch die Geburtenrate erhöhen, indem man sich die Überstunden irgendwann als Freizeit auszahlen dürfe.

### Aufhebung des Arbeitszeitrahmens in der Schweiz

Das gemeinsame Merkmal vieler Vorstösse liegt im Hinweis auf die Eigenschaften der neuen Arbeitswelt. Wo die Welt flexibler werde, der Computer die Arbeit präge

und sich dadurch auch die Gesellschaft wandle, brauche es neue Arbeitszeitmodelle. Auch in der Schweiz wird unter diesen Stichworten diskutiert. Einen ersten Schritt wagte der Baumeisterverband mit seinem «Arbeitszeitmodell 23+». Unter anderem zielte der Vorschlag auf die Aufhebung «des täglichen und wöchentlichen Arbeitszeitrahmens». So sollte in Zukunft zwar die Jahresarbeitszeit gleich bleiben, innerhalb der Arbeitswochen sollte es jedoch keine Beschränkungen mehr geben. Das heisst, dass gerade unter optimalen Wetterbedingungen länger gearbeitet werden sollte, während man gleichzeitig flexibler nach Hause geschickt werden kann, wenn das Wetter oder die Auftragslage nicht stimmt. Dass die damit mögliche 58-Stunden-Woche nicht zur Realität wurde, lag einzig am Druck der Bauarbeiter\_innen, die den Vorschlag durch ihre Warnstreiks und Protestaktionen verhindern konnten. Doch auch andere Verbände und Interessensgruppen interessieren sich für neue Flexibilisierungen.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband zielt beispielsweise einmal mehr auf eine gesetzliche Liberalisierung des Arbeitsrechts. Auch dem Arbeitgeberverband geht es dabei um den festgelegten Arbeitszeitrahmen, insbesondere die Tagesgrenze von 14 Stunden. Nur in diesem Zeitrahmen darf offiziell gearbeitet werden. Sprich, wer beispielsweise um sechs Uhr mit der Beantwortung von Mails beginnt, darf nach 20:00 nicht mehr weiter daran arbeiten, auch wenn man dazwischen Pausen einlegte. Geht es nach dem Arbeitgeberverband, soll diese Grenze künftig nicht mehr existieren. Damit entstünde die gesetzliche Grundlage eines Zustands, den informel viele bereits kennen: Erreichbarkeit gibt es dann gesetzlich erlaubt 24/7.

### Flexibilisierung bleibt allgegenwärtig – und unbeliebt

Wie in vielen Ländern wird die vorgeschlagene Flexibilisierung auch in der Schweiz mit einer neuen «Vereinbarkeit von Beruflichem und Privatem» beworben, so die Worte des Arbeitgeberverbands. Der Baumeisterverband argumentierte etwa damit, dass sein Vorschlag erlaube, mehr Zeit mit der Familie zu verbringen. Und auch der Arbeitgeberverband bewirbt seine Vorstösse als besonders familienfreundlich. Man stelle sich beispielsweise vor, so lautet eines der fiktiven Beispiele, man startet um 6 Uhr seine Arbeit zuhause am Computer, betreue dann eine Zeit lang die Kindern, und will dann noch bis tief in den Abend hinein weiter arbeiten. Das sei heute nicht möglich und entspreche doch dem Wunsch der Angestellten. Wenn es allerdings tatsächlich um die Interessen der Arbeiter\_innen gehen würde, dann liessen sich bestimmt bessere Vorschläge entwickeln, wie man Freizeit, Familie und Arbeitszeit anders miteinander verknüpfen könnte.

Die Argumente, warum man heute die Regelungen zur Arbeitszeit flexibilisieren sollte, gleichen sich. Doch sie ziehen scheinbar nur begrenzt. Zumindest in der Schweiz scheut man bisher – abseits vom Baumeisterverband – die grossen Konflikte darum. Die parlamentarische Initiative zur «Teilflexibilisierung des Arbeitsgesetzes», die auf eine Aufweichung der Arbeitszeitrahmens zielt, wird

beispielsweise seit mehr als sechs Jahren aufgeschoben. Der Leerlauf hat insbesondere damit zu tun, dass man sich bei allzu starken Reformen vor einem erfolgreichen Referendum der Gewerkschaften fürchtet. Entsprechend lautete die Devise der Wirtschaftsverbände in den letzten Jahren, sich kantonal für Reformen bestimmter Richtlinien, insbesondere die Ladenöffnungszeiten, einzusetzen, während man national an kleineren Veränderungen herumschraubt. So wird 2023, nach mehr als zwei Jahren Diskussion, wahrscheinlich eine Verordnung durch den Bundesrat in Kraft treten, die für gewisse Berufssegmente eine Flexibilisierung vorsieht. Für einige hochqualifizierte und viel verdienende Treuhänder\_innen soll künftig ein Jahresarbeitszeitmodell möglich sein, das auch die Erlaubnis enthält, ohne Sonderbewilligung an neun Sonntagen zu arbeiten. Auch für einige Teile der Informatik wird es zu Flexibilisierungen kommen, die allerdings weniger weit gehen und die bei Weitem auch nicht den gesamten Bereich der Informatik betreffen werden. Wie die Regelungen genau aussehen, wird sich später Mitte dieses Jahrs zeigen. Die «15-Stunden-Arbeitstage», wie sie Wirtschaftsminister Guy Parmelin 2021 anlässlich der ersten Reformvorschläge noch forderte, bleiben damit gesetzlich weiterhin die Ausnahme. Doch der Wille aufseiten des Kapitals ist da, solche Tage in Zukunft gesetzlich zu ermöglichen.

### Für eine tatsächliche Arbeitszeitverkürzung

Es braucht nicht viel Phantasie, um vorauszusagen, dass die Angriffe auf die Arbeitszeit in den kommenden Jahren zunehmen werden. Sowohl die Krise als auch die Digitalisierung werden dazu genutzt werden, Flexibilisierungen entweder schmackhaft oder aber als ökonomische und soziale Notwendigkeiten zu verkaufen. In einem Punkt kann man diesen Angriffen auch dankbar sein, immerhin bringen sie das Thema Arbeitszeit zurück auf die politische Bühne. Denn eigentlich gibt es auch von kommunistischer Seite ein grosses Bedürfnis darum zu kämpfen, wie viel von unserer Lebenszeit wir als Arbeitskraft veräussern müssen. Diese Frage spielt sowohl in direkten Konfrontationen, beispielsweise wie bei den Protesten der Bauarbeiter\_innen, als auch als sichtbare und verbindende Perspektive eine Rolle: Eine revolutionäre Umwälzung dieser Gesellschaft bringt auch einen anderen Bezug zur Arbeitszeit mit sich, sowohl weil diese radikal verkürzt werden kann, als auch weil diese, als notwendiger Teil gesellschaftlicher Reproduktion, das Leben kreativer bereichern kann.



Proteste für den Schutz des Aarey Stadtwaldes in Mumbai, Indien, der dem Ausbau einer Metrolinie geopfert werden soll.

## REPRODUKTION

# Vom Sorgen für Mensch und Natur

Was wir unter Ökonomie und Produktivität verstehen, hängt eng mit den herrschenden Interessen und Sichtweisen zusammen. Im Kapitalismus werden die Grundlagen der Produktion, nämlich das Sorgen für Menschen und für die Natur abgespalten von dem, was einen Wert zugewiesen bekommt. Ein Diskussionsbeitrag.

(agf) Was ist Ökonomie? Im weitesten Sinne wird darunter die Produktion und Verteilung von Lebensgrundlagen verstanden, so enthält der Begriff auch den altgriechischen Wortteil oikos, was soviel wie «Haushalt» bedeutet. Die kapitalistische Produktionsweise begreift unter Ökonomie allerdings nur jene Bereiche, in denen Waren und Dienstleistungen produziert und/oder getauscht werden. Die privaten Reproduktionsbereiche, in denen Menschen versorgt werden, werden nicht dazu gerechnet, ebenso wenig wie die produktiven Leistungen der Natur.

Nicht zufällig zeigen sich die Krisenerscheinungen des Systems in diesen zwei Bereichen: In der gesellschaftlichen Krise der Reproduktionsarbeiten sowie der ökologischen Krise in Verbindung mit der globalen Armutskrise. Und nicht zufällig haben aktuell grosse Bewegungen – die feministischen und die Klimabewegungen – ihren Ausgangspunkt rund um Care-Tätigkeiten und ums Klima. Diese Bewegungen bekämpfen die Systeme der Erschöpfung und Zerstörung, die dieser patriarchal-kapitalistischen Produktionsweise inhärent sind. Es gilt, die Zerstörer zu entmachten, die Eigentümer zu enteignen.

### Welchen Stellenwert hat die Sorge...?

Im Kapitalismus ist einer der zentralen Widersprüche eben diese Trennung zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Reproduktion. Sorgearbeiten im privaten Bereich gelten in der vorherrschenden Definition von Wirtschaft nicht als Arbeit, obwohl offensichtlich ist, dass dies gesellschaftlich notwendige Arbeiten sind. Diese Tätigkeiten werden in einen individualisierten, «naturalisierten» Raum abgespalten und (grösstenteils als Gratisarbeit) feminisiert. Eine kapitalistische Marktökonomie ist dann besonders profitabel, wenn sie kaum Verantwortung für die Reproduktion der Arbeitenden und für den Bedarf an Sorgetätigkeiten übernimmt.

Deshalb ist es auch nicht im Interesse der Herrschenden, diesen Bereich in einer Gesamtrechnung sichtbar zu machen. Obwohl seit einigen Jahren Statistiken zur Gratisarbeit in der Hauswirtschaft erstellt werden, erscheinen diese bis heute nicht in einer BIP-Rechnung. In der Schweiz wurden vom Bundesamt für Statistik folgende Zahlen für das Jahr 2020 erhoben: 9,8 Mia. Stunden wurden unbezahlt geleistet, rund zwei Drittel davon von Frauen. Der bezahlte Bereich umfasst dagegen lediglich 7,6 Mia. Stunden und wird zu rund zwei Drittel von Männern geleistet. Das heisst, es wird mehr gesellschaftlich notwendige Arbeit unbezahlt im privaten Bereich geleistet als die gesamte Lohnarbeit umfasst. Gemäss einer Erhebung von Oxfam, einem Wohltätigkeitsverband gegen Armut und für Geschlechtergerechtigkeit, leisten Frauen und Mädchen täglich weltweit über 12 Mia. Stunden un-

bezahlte Hausarbeit, ohne dass der Wert dieser Arbeit gesellschaftlich und ökonomisch anerkannt wird.

### ...und die Natur?

Schon vor 150 Jahren hatte Marx die Dialektik des doppelten Verhältnisses von Mensch und Natur angesprochen. Er sah in der Entwicklung der industriellen Produktionsweise in ihrer kapitalistischen Formbestimmtheit nicht nur negative Folgen für die «an der Arbeit gebundene Klasse», sondern auch zerstörende Auswirkungen auf die lebendige Natur. Weder durch wissenschaftlich-technische noch durch politisch-staatliche Gegenmassnahmen kann dieser doppelte Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise gegenüber Arbeit und Natur grundlegend behoben werden. Denn dieser Widerspruch wurzelt nicht nur in dieser Produktionsweise, sondern er durchherrscht auch ihre Instrumente.

Und obwohl Marx die Natur für gewöhnlich aus einer menschlichen Perspektive unter Bedingungen tragbarer Gebrauchswerte betrachtete, bezog er sich von Zeit zu Zeit auch auf das Recht der Natur, nicht auf einen blossen Gebrauchsgegenstand reduziert zu werden. Folglich zitierte er Thomas Müntzers berühmten Einwand, dass in der sich entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft «alle Geschöpfe zu Eigentum gemacht worden sind, die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft, die Pflanzen auf der Erde – und alle Lebewesen ebenfalls befreit werden müssen».

Alle Tatsachen über die unwiderbringliche Zerstörung des Planeten Erde sind bekannt, doch ist die Politik ungewillt, etwas dagegen zu unternehmen, da sie für die Profitinteressen der Konzerne waltet. Im öffentlichen Diskurs stehen sich der Ruf nach strengen staatlichen Massnahmen und das Beschwören der unsichtbaren Hand des Marktes gegenüber. Die Konsequenzen beider Formen eines Kapitalismus im grünen Mäntelchen sind klar: Auf dem Rücken der Lohnarbeitenden, Mieter\_innen und Bäuer\_innen werden neue Nachfragen und Märkte erschaffen, Städte «aufgewertet» und Landwirtschaftspolitik betrieben. Damit einher geht ein steigender Druck auf die Sphäre der gratis geleisteten Arbeiten – und auf immer weitere Teile der Natur.

### Kapitalistische Inwertsetzung der reproduktiven Bereiche

Wenn wir analysieren, wie im Zuge der Kapitalüberproduktionskrise das Kapital versucht, Investitionsfelder zu finden – z.B. in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung, CO2-Zertifikate, Rohstoffreserven – so wird auch aus kapitalistischer Sicht deutlich, dass die Sorgearbeiten und natürlichen Lebensgrundlagen Bestandteile einer funktionierenden Ökonomie sind. Im Zuge dieser Prozesse der Finanzialisierung stellen diese Bereiche eine neue Quelle der Kapitalakkumulation dar. Andererseits beobachten wir, dass marktförmig organisierte Sorgearbeit auch wieder in die Verantwortung privater Haushalte zurückverlagert wird, sobald andere Investitionsbereiche relativ profitabler werden. Diese Bereiche lassen sich also je nach Kapitalinteressen ins «Private» oder «Produktive» verschieben, da sie so oder so stattfinden müssen.

Aber auch ohne diese Entwicklungen ist für uns klar, dass ohne reproduktive Prozesse nirgends Produktion stattfinden kann, ganz unabhängig von der Produktionsweise. Und für die Eigentümer der Produktionsmittel im Kapitalismus ist die Reproduktion der Ware Arbeitskraft von zentraler Bedeutung, ist sie doch die Quelle des Werts, den sie sich aneignen, Quelle des Profits, «den Kasus, den sie lachen macht» (Marx). In derselben Weise sind Produkte der übrigen Natur die Grundlage jeder Form von Produktion. In den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen werden diese zur Ressource, deren Ausbeutung solange stattfindet, wie sie profitabel ist, weit über ihre reproduktiven Kapazitäten hinaus. Für uns ist die Sorge um das Leben in all seinen vielfältigen Formen der Ausgangspunkt, auf den wir den Fokus legen.

### Trennungskategorien aufheben

Wenn wir die Verhältnisse ohne den Kapitalismus denken, in einer revolutionären Perspektive, so ist die Trennung zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Reproduktion aufgehoben, indem auch die Reproduktionsbereiche vergesellschaftet sind. Und damit werden auch die geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen, die patriarchale Kleinfamilie und die Heteronormativität aus den Angeln gehoben. Perspektivisch ist jede konkret nützliche Arbeit, jede Produktion und Reproduktion von Gütern, Dienstleistungen und Menschen produktiv – Letztere in gewissem Sinn die produktivste und wertvollste, weil sie den Menschen, das Leben produziert, um dessentwillen überhaupt gearbeitet, produziert und reproduziert wird.

Das Umdenken rückt die Sorgearbeiten, das Füreinandersorgen, die Beziehungen, ins Zentrum. Es muss uns bewusst werden, dass alle Menschen im Laufe ihres Lebens für gewisse Zeiten abhängig von Fürsorge sind. Dies hat auch Konsequenzen für eine ökologische Politik, weil klar wird, dass Menschen voneinander abhängig sind, aber auch von einer intakten Mitwelt. Ziel ist, die Sorgearbeit als gesellschaftliche Praxis und Aufgabe zu verstehen und nicht als etwas, was sich innerhalb von Familien von selbst erledigt.

Wenn wir Arbeit und Ökonomie von den Bedürfnissen, der Verletzlichkeit und Bedürftigkeit der Menschen, aber auch von der begrenzten, verletzlichen Natur her denken, bekommt Ökonomie eine andere Bestimmung.

Dass dies nur möglich ist, wenn der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung aufgehoben ist, versteht sich von selbst. Erst diese Verhältnisse ermöglichen die freien, freundlichen Beziehungen unter uns, die kollektiven Prozesse in allen Arbeits- und Lebensbereichen, die Befreiung aus den Warenbeziehungen, die Aufhebung der Entfremdung zur Arbeit, zum Anderen, zur übrigen Natur und zu sich selbst.

PROTEST

# Lützerath - ein Erfahrungsbericht

Mitte Januar wurde die Klimabesetzung in Lützerath geräumt, um den Weg für den Energiekonzern RWE zum Braunkohleabbau freizumachen. Es ist längst klar: Soll die Erderwärmung 1.5°C nicht überschreiten, muss die Kohle im Boden bleiben. Trotzdem tragen gerade die Grünen die politische Mitverantwortung für den Abbau und die Räumung. Dies zeigt einmal mehr, dass die bürgerliche Demokratie immer nur die Demokratie des Kapitals sein kann, weil Profitinteressen stets über den Interessen der Menschen und der Klimagerechtigkeit stehen. Wir haben mit zwei Personen, die am Tag der grossen Demonstration in Lützerath waren, gesprochen.

**(agafz) Wie kam es dazu und warum fandet ihr es wichtig, nach Lützerath zu gehen?**

J: Für mich gab es zwei ausschlaggebende Punkte. Erstens dieser kreative und offensive Widerstand, der in den letzten Monaten intensiv geführt wurde, der verbunden war mit dem sehr klaren Aufruf, an diesem besagten Wochenenden am Widerstand teilzunehmen, um die Räumung zu verhindern. Der zweite Punkt war, dass dies parallel zum WEF stattfand. Für mich war die Mobilisierung in Lützerath ein direkter Angriff auf das, was in Davos passierte. Mir war es wichtig, während eines solchen Treffens mit zehntausenden Personen sehr praktisch zu versuchen, die Pläne der RWE zu verhindern, in Kombination mit den Forderungen nach einer fundamental anderen Organisation unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

T: Ich hatte viele Bilder der entschlossenen Verteidigung des Dorfes auf Social Media gesehen. Diese Dynamik fand ich interessant. Es schien ein wichtiger und grosser Protest zu werden. Das hat mich, obwohl ich bisher nicht so an den Umweltschutzprotesten teilgenommen habe, motiviert hinzugehen.

**Wie sah die Situation aus als ihr vor Ort wart?**

T: Wir kamen an und schlossen uns gleich den Massen an, die Richtung Abbruchkante liefen. Man stand dann dort auf einem Hügel und sah, wie tausende von Menschen zu uns strömten. Es sah aus wie Ameisenstrassen, die auf das dystopische Gelände führten, und im Hintergrund das riesige, bis zum Horizont reichende Loch im Boden. Ein sehr spezieller Anblick. Ich verstand nicht wirklich, wann was genau lief, ich wusste nur, wir laufen zusammen nach Lützerath.

J: Was mir noch geblieben ist, als wir dort an der Abbruchkante standen, war das Gefühl, für einen kurzen Moment die Machtverhältnisse umzukehren. Wir waren Tausende, und unter uns, im Abbruch, standen eine Handvoll Sicherheitsleute der RWE. Das war eine ein-

drückliche Symbolik. Wir sind dann Richtung Lützerath gelaufen. Die Bullen hatten schon im Vorfeld berichtet, dass sie diesen „unüberwindbaren“ Zaun dort installieren werden, um zu verhindern, dass weitere Personen ins Dorf reinkommen. Der Grossteil der Bewegung lief jedoch sehr bestimmt auf den Zaun zu.

**Wie habt ihr die Zusammensetzung des Protestes wahrgenommen? Und wie war das Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Kräften?**

J: Die Personengruppen, die zum Zaun liefen, waren sehr divers, klar erkennbar auch aus der revolutionären politischen Widerstandsbewegung. Es gab aber auch viele Einzelpersonen und Familien. Man stand dann dort gegenüber hunderten von Riot-Cops, die vor dem Zaun aufgestellt waren. Und dann hat diese Dynamik angefangen: Man versuchte, durchzubrechen, während mehreren Stunden.

T: Die bewilligte Demoroute endete eigentlich bei einem Weiler vor Lützerath. Dort gab es eine kleine Bühne, wo Reden gehalten wurden, unter anderem auch von Greta Thunberg. Für viele war es aber klar, dass es weiter, bis zum Zaun, geht. Ich ging davon aus, dass der Protest auch sehr von Gitarren-Hippies angetrieben würde oder dass es zumindest solche Elemente gibt, aber habe mich klar getäuscht. In erster Linie war es ein sehr seriöser und revolutionärer Protest. Militante Personen, die vermutet waren, wurden auch überhaupt nicht schräg angeschaut. Man hielt zusammen, auch beim effektiven Kampf. Es gab Leute, die wählten gewaltfreie Mittel wie Menschenketten und andere gingen mit Böller etc. vor. Und das Eine bedingte das Andere: Durch die Menschenketten mussten sich die Bullen verteilen, so dass andere Personen dann durch die ersten Reihen durchbrechen konnten. Dies brachte dann die Dynamik mit sich, dass plötzlich die friedlichen, unermummten motiviert waren, durchzubrechen. Es war ein tolles Zusammenspiel, das mich sehr beeindruckt hat.

J: Bin ich einverstanden. Ich denke, dass wenn wir organisierter vorgegangen wären, wir es evtl. geschafft hätten, ganz durchzubrechen.

T: Dafür hätte es aber viele Molotowcocktails gebraucht, denn es waren mehrere Reihen Bullen vor einer Reihe aneinander geparkter Polizeitransporter und dahinter noch acht Wasserwerfer, die hin und her fuhren. Zudem waren die Bullen sehr offensiv. Man sah sogar, wie sie einen Kreis formten, einen Schlachtruf tätigten und dann auf Leute mit erhobenen Knüppeln losstürmten.

J: Beim bewilligten Schlusspunkt spalteten sich die reformistischen Kräfte ab, also dort, wo, wie vorhin erwähnt, die Bühne stand und es Reden gab. Es waren auch Personen aus der grünen Parteibasis da. Zum Teil haben sich diese aber mit Schildern gegen ihre Partei gestellt, und machten bemerkbar, wie beschämt sie waren.



Proteste in Lützerath

**Auf der einen Seite war Lützerath ein herausragender Mobilisierungserfolg der Ökobilbewegung. Und trotzdem schaffte man es nicht, massgeblich zu verzögern oder gar zu verhindern. Wie habt ihr die Stimmung vor Ort angesichts dieser Widersprüchlichkeit wahrgenommen?**

T: Die Stimmung wurde davon nicht beeinträchtigt. Es war ein bestärkender und kämpferischer Moment.

J: Es sollte auch nicht so betrachtet werden, entweder Verzögerung/Verhinderung oder Niederlage. Die Verzögerung hat sowieso stattgefunden, und es gab auch einen gigantischen Reputationsverlust, einerseits für die RWE selbst, andererseits auch für die Grünen.

Zudem hat es die Bewegung gestärkt, weil wir merken, dass wir grossen Druck aufbauen können. Auch plädiert die Bewegung immer stärker dafür, sowohl zivilen Ungehorsam als auch strategische Sabotage usw. als normale Waffen des Protests zu sehen und dies so auch im öffentlichen Diskurs zu benennen.

**Was nehmt ihr mit von dieser konkreten Erfahrung?**

T: Bei der Klimabewegung geht es um viel mehr als nur um die Rettung des Planeten. An der Demo beispielsweise wurde den Bullen auch zugerufen „wo wart ihr in Hanau?“. Es ist mehr als Umweltschutz, es ist ein breiter revolutionärer Protest.

J: Der Tag in Lützi hat mir gezeigt, dass wir den Austausch mit der Klimabewegung stärker suchen müssen. Sie ist sehr breit, und viele aktive Kräfte gehören zur antikapitalistischen Linken. Auch in der Parole „System change not climate change“ merkt man, was einer der Hauptorientierungspunkte ist.

## UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

### WEF: Alarm in Davos

Als Willkommensgruss für das WEF und seine Gäste haben wir innerhalb der roten Zone in Davos im Hotel Seehof eine Attrappe einer Sprengvorrichtung deponiert. Ein Ausdruck des Bruchs zwischen ihnen und uns - Aufruhr in ihrer "heilen Welt"! Nach längerem Unterbruch findet der WEF-Tross anlässlich seines Jahrestreffens 2023 zurück an seinen Stammsitz in Graubünden. Jahr für Jahr (pandemische Ausnahmen ausgenommen) trifft sich im Januar in Davos die Crème de la Crème der internationalen Bourgeoisie und der Staatsspitzen. Über die Jahrzehnte hat sich das Forum den Ruf als Place To Be für alle Freund:innen von Ausbeutung und Unterdrückung weltweit erarbeitet. Natürlich findet all das nicht in einem Vakuum statt; was ausserhalb des Bergtals geschieht definiert Agenda und Gästeliste des WEF. Aber so gut es eben geht, wenn individuelle und gemeinsame Interessen der herrschenden Klasse verhandelt werden sollen, kommen alle vorbei zum Klassentreffen, um ihre jeweils eigene und gemeinsame Agenda voranzutreiben. Die Idylle des ruhigen Hinterlands für Herrscher und Bosse aller Länder mit Sonnenschein, Bergluft und ausbleibendem Schnee wurde durch die Attrappe nun kurzzeitig durchbrochen - welcome back!

Als Melting Pot der Bonzen kommen in Davos die Verbrecher:innen der Vergangenheit und Gegenwart zusammen, um Verbrechen der Zukunft zu planen. In den Hinterzimmern werden Deals geschmiedet, von denen grundsätzlich wenig gespro-

chen wird. Wenn aber doch, dann meist auf eine derart technokratisierte oder schönfärberische Art und Weise, dass deren wirkliche gesellschaftliche Wirkung bestmöglich kaschiert wird (wozu die bürgerlichen Medien als integrierte Partner des Forum ihr Übriges beitragen). Reden wir Klartext statt PR-Sprech: Am WEF wird Naturzerstörung, Arbeiter:innen-Ausbeutung und Krieg - kurz: das ganze Sammelsurium kapitalistischer Barbarei - verhandelt und aufgeleitet. Glaubt jemand wirklich, dass die Wölfe in Anwesenheit Klaus Schwabs plötzlich zu friedfertigen und gutmütigen Schafen mutieren, denen die Anliegen unser aller (Anliegen wie etwa menschenwürdige Lebensbedingungen für alle auf einem nicht zerbombten Planeten mit funktionierendem Ökosystem) ganz fürchterlich am Herzen liegen?

Ihre Propaganda-Märchen sind verlogen und durchschaubar. Jeder Klasseninstinkt unsererseits schreit es förmlich, dass denen dort oben ganz sicher nicht zu trauen ist, wenn sie "unser Bestes" wollen. Wobei auch ihr Sein und Wollen - wir haben es oben angeschnitten - nicht einfach aus dem Nichts entspringt, sondern ein systemisch bestimmtes Sein und Wollen ist, welches letztlich Konsequenz aus der auf Ausbeutung von Mensch und Natur basierenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. So schön es auch wäre, wenn nun zum Beispiel dieser spezielle Jahrgang des Klassentreffens hopps ginge, so sicher ist auch, dass an seine Stelle schnell andere Figuren mit ähnlich gelagerten Interessen treten würden, solange der Kern des

kapitalistischen Systems, welches sie hervorbringt, nicht angetastet wird.

Es braucht (wie es am WEF wohl genannt würde) eine gesamtgesellschaftliche "Disruption", eine Revolution eben, die das System stürzt, welches die Figuren hervorbringt, die sich am WEF tummeln. Wenn wir unseren Blick über die Erde schweifen lassen, sehen wir Elemente solcher revolutionärer Realitäten und Prozesse, die erfolgreich mit kapitalistischer Basis und Überbau zu brechen versuchen: In den "Grenzgebieten" von Asien über den Mittleren Osten bis nach Lateinamerika, wie es der anarchistische Gefangene Dimitris Chatzivasileiadis im Rahmen seiner internationalistischen Prozessklärung in Griechenland nennt. Überall dort, wo eine demokratische Moderne der kapitalistischen Moderne widersteht, wie es die kurdische Befreiungsbewegung umschreiben würde. Das sind Fragmente des konsequenten Bruchs, wie sie (in anderer Erscheinung aber im selben Wesen) auch hier in den Zentren möglich sind. Fragmente, die sich verbinden und verbünden müssen, um eine Alternative zu dieser alten Ordnung denkbar und wirksam werden zu lassen.

Unsere Aktion zeigt die Möglichkeit, ihre Ordnung selbst in ihrer polizeilich und militärisch gesicherten roten Zone (kurzzeitig) in's Wanken zu bringen, zeigt Bruch statt Konsilienz mit den herrschenden Verhältnissen, zeigt Angriff statt Resignation. Für eine revolutionäre Perspektive!

Gefunden auf <https://barrikade.info/article/5580>

Ellen Brombacher

## Deutsch-jüdisches Familienbild

Meine Kindheitsmuster und Prägungen



### Ellen Brombacher, Deutsch-jüdisches Familienbild. Meine Kindheitsmuster und Prägungen.

(gpw) Der internationale antifaschistische Kampf und die Entwicklung einer kommunistischen Alternative gegen den ausbeuterischen Kapitalismus sind wichtige Elemente bei der Entwicklung einer revolutionären Perspektive.

Angereichert mit eindrücklichen Zeitdokumenten und persönlichen Briefen nimmt Ellen Brombacher mit in den Kampf, den ihre Familie ab 1933 gegen den Faschismus und später gegen Adenauers Deutschland geführt haben. Die Mutter Brunhilde Meyerstein (geb. 1910) entstammte einer jüdischen Familie aus Bremke (Göttingen), von denen vielen die Shoa nicht überlebten. Sie entzog sich durch Flucht den Nazis und schloss sich als illegal in Belgien lebende Kommunistin mutig dem Widerstand an. Der Vater Ernst Harter (geb. 1909) floh 1933 als Kommunist aus Deutschland. In der Emigration arbeitete er illegal weiter für die KPD. Nach seiner Verhaftung kam er in die KZs Mauthausen und Sachsenhausen. Dort gehörte er geheimen Solidaritätsstrukturen an, die zahlenreichen Personen das Leben retten. Nach dem Verbot der KPD in der BRD (1956) emigrierte die Familie Harter-Meyerstein in die DDR.

Die Lebensgeschichten dieser aussergewöhnlichen Genoss\_innen, die ihre antifaschistischen und kommunistischen Lebenseinstellungen trotz grossen Entbehrungen unter Lebensgefahr tollkühn umsetzten, verdienen unseren grössten Respekt. Sich in ihren Kampf zu vertiefen, stärkt die Überzeugung, den antifaschistischen Kampf kontinuierlich mit Vehemenz fortzuführen.

Beigefügt sind der Familiengeschichte ein spannendes Interview und Texte der Autorin (und weiteren Personen) zu ihrem Verhältnis zur israelischen Okkupation palästinensischer Gebiete und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie der Pflicht der Linken, den Kampf gegen den zunehmenden Antisemitismus nicht zu ignorieren. Sie würdigt kritisch ihre eigene Arbeit in der DDR, dessen Rolle im antifaschistischen Kampf und für den Internationalismus, welche heute oftmals vergessen wird. Entschlossen bezieht sie Stellung gegen jene Positionen, welche die Bedeutung der Geschichte der DDR als Versuch, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, leugnen, der DDR struktureller Antisemitismus vorwerfen oder sie als Brutstätte des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern ansehen.

Ellen Brombacher (geb. 1947) arbeitete als Funktionärin der SED im Jugendverband (FDJ). In den 80er Jahren war sie für die Kultur in Berlin zuständig. In der BRD arbeitete sie etwa als Küchenhilfe, bis ihr als ehemalige Parteifunktionärin der SED gekündigt wurde und in der Betreuung von Asylbewerber\_innen. Sie organisiert die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration mit und ist Mitglied des Bundessprecherrats der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke. Dem barbarischen Kapitalismus eine sozialistische Alternative entgegenzusetzen, bleibt für sie eine Notwendigkeit.

SIMON SCHAUPP

TECHNOPOLITIK VON UNTEN

ALGORITHMISCHE ARBEITSSTEUERUNG  
UND KYBERNETISCHE PROLETARISIERUNG

Matthes &amp; Seitz Berlin



### Simon Schaupp: Technopolitik von unten Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung

(az) Ob bei Fahrradkurrier\_in oder bei Arbeiter\_in in industriellen Produktionsstätten; Arbeit wird heute digital gesteuert. Apps geben vor, wann es Aufträge gibt, und der Computer bestimmt die Arbeitswege in der Fabrik. Dass es gegenüber diesen Formen der digitalen Herrschaft auch zu Widerstand kommt, zeigt der Arbeitssoziologe Simon Schaupp in seiner 2021 erschienenen Dissertation «Technopolitik von unten». Zwei Stichworte prägen die Analyse, die für manche politisch interessierte Menschen vielleicht ein wenig zu akademisch ist, die allerdings, wenn man sich darauf einlässt, ebenso viel wertvolles Hintergrundwissen für die kommenden Jahre präsentiert. Erstens geht es um die «kybernetischen Proletarisierung». Gemeint ist damit einerseits eine Dequalifizierung und Entfremdung der Arbeit. Wer ständig von der Maschine überwacht und optimiert wird, fühlt sich degradiert. Von dieser Rationalisierung betroffen sind nicht nur Arbeiter\_innen, sondern auch das tiefere Management, deren Kontrollfunktion durch digitale Steuerung ersetzt werden kann. Allerdings führt dies nicht einfach zur Massenarbeitslosigkeit. Die «kybernetische Proletarisierung» führt zweitens ebenso zu einer Reintegration der Arbeit in einem flexibilisierten und arbeitsintensiven Niedriglohnsektor, beispielsweise in der Kurrierarbeit oder aber in den Versandhäusern des Onlinehandels.

Dem entgegen entsteht zweitens eine «Technopolitik von unten», die Schaupp entlang eigener Erfahrungen, Interviews und theoretischen Bemerkungen in drei Arenen der Auseinandersetzung einordnet. Erstens geht es um staatliche Regulationen und das dazugehörige politische Ringen. Zweitens geht es um eine Stufe tiefer um strategische Entscheidungen im Betrieb, beispielsweise welche Technologien wie angewandt werden. Hier kommt es mitunter zum Streit aber auch zu falschen sozialpartnerschaftlichen Einheiten zwischen Betrieben und Gewerkschaften. Drittens schliesslich geht es um die konkreten Technologienutzungen im Arbeitsalltag. Hier zeigt sich, dass verschiedene Widerstandsformen existieren. Beispielsweise kommt es regelmässig zu Sabotage im Logistikbereich oder es entstehen neue Solidaritätskulturen, beispielsweise wenn sich Fahrradkurrier\_innen untereinander vernetzen und den Plattformunternehmen Zugeständnisse abringen. Gerade in diesen Bereichen ist Schaupps Buch besonders interessant, zeigt er auf, dass es auch in diesen gewerkschaftlich mitunter vernachlässigten Sektoren regelmässig zu Organisationsversuchen und Arbeitskämpfen kommt. Etwas bedauerlich ist einzig, dass Schaupp dabei manchmal etwas viel dem Widerstand zuordnet. Ob beispielsweise das humoristische Verlauchen des Roboters wirklich bereits Teil einer Widerstandskultur ist, die mehr als zynische Resignation hervorbringt, wäre zu diskutieren.



### Mission 1929- Freiheit unter Druck.

(raw) Für alle, die wieder einmal wissen möchten, wie dumm und plump deutsche Erinnerungskultur oder überhaupt liberaler Antifaschismus sein kann, gibt es jetzt ein neues Computerspiel: «Mission 1929 – Freiheit unter Druck» ist ein neu erschienenes, vom Verein Weimarer Republik mit staatlichen Geldern entwickeltes pädagogisches Computerspiel, in dem Jugendliche «die Demokratie retten können». Dabei spielt man die Journalistin Eva Neumann, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Deutschen aufzurütteln, indem sie Flugblätter schreibt. Dafür informiert sie sich bei fünf archetypischen persönlichen Kontakten, die stellvertretend für die deutsche Gesellschaft von 1929 stehen sollen. Ziel dabei ist es rauszufinden, was die Leute wirklich beschäftigt, um dann Flugblätter über die Themen zu schreiben, die alle beschäftigen. Je mehr Leute man abholt, desto höher die Punktzahl – so einfach das Spiel.

Man macht also, was Journalist\_innen anscheinend so tun (mit ihren Freund\_innen quatschen und sich daraus was zusammen zu schustern) und rettet dann beiläufig noch die Demokratie, schreibe man nur wirklich mal über etwas, was die Leute tatsächlich interessiert. Der Inhalt der Flugblätter wird selbstverständlich automatisch generiert und man entscheidet nur über das Thema. So kommen dann auch Inhalte zustande, die den Spielenden nahelegen, dass man trotz 6 Millionen Arbeitslosen, jetzt einfach mal bisschen für die Demokratie und für Deutschland leiden müsse. Streiks sind da selbstverständlich falsch und per se undemokratisch und überhaupt litt in erster Linie Deutschland und seine Kultur und Wissenschaft unter dem Aufstieg der Nationalsozialisten. Wobei das Spiel gibt penibel Acht darauf, immer nur von «Demokratiefeinden» zu sprechen. Wieso Kommunist\_innen und Nationalsozialist\_innen dasselbe sein sollen und einfach mal gemeinsam unter Demokratiefeinde subsummiert werden können, wird allerdings argumentativ auch vom Spiel selbst wenig begründet. Dass links und rechts gleich seien, wird eher beiläufig und assoziativ vermittelt. So sieht man Hakenkreuzfahnen aus Fenster wehen, wo Monate vorher rote Fahnen hingen, und damit wirklich auch allen klar wird, dass Nazis und Kommunist\_innen dasselbe sind, heisst der einzige im Spiel anzutreffende Kommunist Adolph mit Vornamen.

<https://www.mission1929.de/game/>

MAFIA

# Ein Angebot, das wir ablehnen können

Die bürgerliche Populärkultur verklärt die Mafiosi gerne zu nach moralischem Kodex handelnden «seriösen Geschäftsmännern». Stets das Wohl der Familie im Auge, den weltlichen Genüssen nicht abgeneigt und jenseits staatlicher Kontrolle frei wirtschaftend verkörpern die Gangster liberale Grundideale. Der überwiegend problematische Charakter der Mafia wird dabei gerne ignoriert.

(agkz) Während im Garten ein rauschendes Hochzeitsfest gefeiert wird, empfängt der Pate, gespielt von Marlon Brando, diverse Bittsteller in seinem Arbeitszimmer. Tadellos frisiert thront Brando im massgeschneiderten Smoking hinter seinem Schreibtisch und nuschelt von Angeboten, die nicht abgelehnt werden können. Brandos Darstellung des fiktiven Paten Vito Corleone ist längst Teil des cineastischen Kanons, Francis Ford Coppolas «Der Pate» eines der vielen Beispiele, in denen sich Hollywood dem Topos der Mafia widmet, einer Thematik an der sich beinahe alle grossen Regisseur\_innen der Traumfabrik im Laufe ihrer Karrieren abarbeiten. Das organisierte Verbrechen ist ein Stoff, der den bürgerlichen Kulturbetrieb stets aufs neue zu inspirieren weiss.

Historische Grundlage für die Entstehung der Mafia war die Ausrufung des Königreichs Italien Mitte des 19. Jahrhunderts, also die Geburt des modernen Italiens. Damals war der Widerspruch zwischen dem industriellen Norden und dem vorwiegend agrar geprägten Süden des Landes eine zentrale Frage, mit der sich unter Anderen auch der italienische Marxist Antonio Gramsci ausgiebig beschäftigte. Im von der Regierung stark vernachlässigten Süden gelang es dem organisierten Verbrechen, jenes Vakuum zu füllen, dessen Ursache das praktische nicht Vorhandensein des Staates in diesen Gebieten war. Dabei muss die Mafia als reaktionäre Tendenz verstanden werden. Dass mit der Schutzgeldzahlung im Prinzip der Zehnte aus dem Feudalismus einfach übernommen wurde, ist Beispiel dieser Rückwärtsgewandtheit. Mit dem Entstehen einer italienischen Diaspora in den USA, gegen Ende des 19. Jahrhunderts, konnte die Mafia auch in der neuen Welt Fuss fassen. Dabei war das Engagement für einen Mafiaklan für viele Immigrant\_innen, welche vor allem aus dem strukturschwachen Süden Italiens kamen, eine existenzielle Notwendigkeit. Zugang zum legalen Arbeitsmarkt zu erhalten war für die segregiert lebenden Italiener\_innen, welche zudem unter Umständen des Englischen nicht mächtig waren, kein leichtes Unterfangen. Die Mafia bot eine Perspektive für katholische Immigrant\_innen in einer Gesellschaft, deren Reichtum die dominierenden angelsächsischen Protestanten weitgehend unter sich aufteilten.

## Hollywoodsches Heldentum

Hollywoods Darstellung der Mafia ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Zum einen handeln Mafiafilme vornehmlich zur Zeit der Prohibition. Filmszenen, in denen aus schicken 30er Jahre Limousinen heraus Trommelmagazine in die Schaufenster italienischer Restaurants in Chicago oder New York entleert werden, sind fester Bestandteil der abendländischen cineastischen Bildsprache. Diese Einschränkung der Mafiaerzählungen auf eine bestimmte historische Epoche lässt uns glauben, die Mafia wäre kein aktuelles Problem, sondern sie verkommt zur blossen Szenerie in der machoide Heldengeschichten erzählt werden. Oft sympathisieren wir mit den Vertreter\_innen des einen Clans, meist von hochrangigen Schauspielern verkörpert, welche gegen die verfeindete Mafiafamilie kämpfen. Es wird im Kosmos des organisierten Verbrechens eine gut/böse Geschichte erzählt, in der wir uns als Zuschauer\_innen auf die Seite der vermeintlich Guten zu stellen glauben. Nur gibt es in diesem Szenario «die Guten» eben nicht. Die Leiden der Bevölkerung ab



Angehende Camorristi eifern ihren cineastischen Vorbildern nach.

dem Wirken der Mafia werden nur selten thematisiert. So wird die Tatsache unter den Teppich gekehrt, dass die Mafia, bis heute, die Leben unzähliger Menschen nicht zum Guten prägt. Die verharmlosenden, hochstilisierten Bilder, welche uns die Populärkultur von der Mafia vermittelt führen auch zu einer problematischen Wechselwirkung zwischen Fiktion und Realität. Der italienische Autor Roberto Saviano bemerkt, dass die cineastische Darstellung der Mafia einen Mythos des Mafiosi kreiert, dem junge Camorristi in Neapel nacheifern. So skandieren die halbstarke Protagonisten in der Verfilmung von Savianos Roman «Camorra» lautstark, sie seien «wie Tony Montana», während Sie mit Sturmgewehren, irgendwo ausserhalb Napolis, nackt bis auf die Unterwäsche, Schiessübungen veranstalten.

## Der liberale (Alb)Traum

Auf die Frage danach, weshalb der bürgerliche Kulturbetrieb immer wieder die Geschichte der Mafiosi erzählt, sollen hier zwei Antworten in den Raum gestellt werden: Die Unmöglichkeit der Vermittlung einer wünschenswerten, moralisch haltbaren kapitalistischen Perspektive und die Tatsache, dass die Mafia die liberalen Gesellschaftsideale perfekt verkörpert.

Die Mafia ist eine Organisation mit steilen Hierarchien. Entscheidungen werden von den Clanoberhäuptern getroffen und nach unten weitergegeben. Zwischen einzelnen Clans werden kartellmässige Absprachen getroffen. Es präsentiert sich ein autoritäres Bild von «Unternehmensführung», die Capos nehmen weder auf die Positionen der Gesamtorganisation, noch auf die Anliegen der von ihren Geschäften betroffenen Personen, Rücksicht. Darin manifestiert sich die liberale Ansicht, dass Unternehmen weder ihren Mitarbeitenden, noch der durch sie geprägten Umwelt, Rechenschaft schuldig sind. Die moralischen Codes der Mafia zementieren ihren liberalen Charakter. So sollen beispielsweise Frauen und Kinder von Mordanschlägen verschont bleiben. Ein klar patriarchales Statement, welches darüber hinaus nicht in Stein gemeisselt ist, sondern von der Mafia selbst immer wieder ignoriert wird. Das Problematische dabei ist: Die moralische Grundlage, nach der sich das Konstrukt Mafia zu verhalten hat, wird von ihr

selbst festgelegt. Die Bevölkerung, welche unter dem Joch der Mafia zu leben hat, hat diesbezüglich keine Stimme. Dies ganz nach dem liberalen Credo, dass Unternehmen «frei», nicht gesellschaftlich legitimiert, funktionieren sollen. Während wirtschaftlich auf Deregulation gesetzt wird, ist die Mafia auf privater Ebene stockkonservativ. Es werden traditionelle, patriarchale Familienmodelle gelebt und oftmals ein biederer Kleinbürgerhabitus an den Tag gelegt: Die Mafiosi gehen ins Theater, essen im teuren Restaurant, tragen schicke Anzüge, fahren schnittige Autos und treffen sich am Sonntag in der Kirche. Nach Diversität sucht man in der populärkulturellen Darstellung der Mafia vergebens. Die Leinwandgangster erwecken den Eindruck, sie seien die Hirngespinnste liberaler Thinktanks.

Die Geschichte des Gangsters ist für die bürgerliche Gesellschaft auch darum unabdingbar, weil sie kaum in der Lage ist, das kapitalistische Streben des Individuums glaubwürdig in ein wohlwollendes Licht zu rücken. Geschichten, wie sie der amerikanische Autor Horatio Alger Jr. Mitte des 19. Jahrhunderts verfasst hatte, in denen Personen aus bescheidenen Verhältnissen Kraft ihrer eigenen Leistung zu Reichtum und Ansehen gelangen, scheinen heute selbst der Bourgeoisie völlig unplausibel. Die tugendhaften Figuren Algers wurden abgelöst von den Tony Montanas und Gordon Geckos, den Aufstieg vom Tellerwäscher zum Millionär schafft nur, wer dabei vollkommen amoralisch und skrupellos zu Werke geht. Die Geschichte des Gangsters ist schlicht die einzige, die zu erzählen man in der Lage ist. Während der Feuilleton in den Abenteuern der zynischen Leinwandheld\_innen eine Kritik am Kapital zu sehen glaubt, zementieren diese Narrative letztlich doch die Hegemonie des Kapitals, weil sie niemals eine Perspektive aufzeigen. Die bürgerliche Gesellschaft muss letztlich eine affirmative Populärkultur hervorbringen, welche Spiegel ihres moralischen Bankrotts ist.

**IMPRESSUM Herausgeberinnen:** Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org  
**Redaktion (red):** Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

**ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU** **Basel:** Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org  
**Zürich:** Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

**VERKAUFSTELLEN** **Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschematt-Buchhandlung, Hirschemattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel/Paramoia City Buch & Wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalberstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.